

Politix

Zeitschrift des Instituts für Politikwissenschaft an der Universität Wien, 9; Währingerstraße 17

ipw

Thema
Fin
steuer
studien
plan

98**4**

Inhalt

Thema

Ein neuer Studien plan

4 Politikwissenschaft erneuern

Eva Kreisky

6 Erinnerungen an den Anfang

Johann Dvorák

8 An der Peripherie

Anton Pelinka

10 Ökonomie und Politik

Roland Atzmüller

12 Ist Recht in der Politikwissenschaft ein Alien?

Hans-Georg Heinrich

14 Die Erosion des Vierkästchensystems

Birgit Sauer

16 Studienwünsche aus dem Beethovenstüberl

DiplomandInnengruppe Prof. Kramer

18 Im Schnittpunkt von Versäumnissen und Defiziten

Helmut Lang

19 Studienrichtungsververtretung

Thomas König

20 Ungeliebt, doch unverzichtbar: Politische Theorie

Eva Kreisky

21 Vergleichende Politikwissenschaft

Herbert Gottweis

23 Im Zeichen der Globalisierung?

Otmar Höll

24 Methoden in der Politikwissenschaft

Christian Haerpfer

International

26 Wien-Berlin und wieder zurück

Claudia Saller

27 Was Ihr Paradies nennt, nennen wir Heimat

Sebastian von Münchow

28 School of African and Oriental Studies

Albert Kraller

30 News + Infos

Konferenzen

32 FairPlay: Fußball, Kultur und Rassismus

Michael Fanizadeh

33 20. Deutscher PolitologInnentag

Regina Köpl

34 Überleben der Shoah und danach

Alexander Salzmann

35 Sommer-Hochschule

Dieter Swoboda

Intern

36 UniStG 1997

37 Termine

38 Diplomarbeiten

40 Extra-Post

41 Briefwechsel

42 Powi-Panel

Gregor Matjan

43 Bücher

44 Seitenblicke

Brigitte Neichl

Trend

46 Einführungstutorien≠ AnfängerInnentutorien

Adelheid Hochpöchler

Editorial

Liebe LeserInnen,

Ein **neuer Studienplan**: eine Herausforderung, aber auch einmalige Chance für die Politikwissenschaft. Die Neuorganisation der Studienrichtung ist aufgrund gesetzlicher Veränderungen durch das UniStG 1997 jetzt (nahezu) ohne Einmischung durch das Ministerium möglich. Möglichst viele Interessen, Positionen und Meinungen sollen in diesen Diskussionsprozeß einfließen. Zu diesem Themenschwerpunkt haben wir Lehrende und Studierende eingeladen, uns ihre Sichtweisen zur Veränderung der Politikwissenschaft mitzuteilen. Am Umfang dieses Heftes erkennen Sie die große Bereitschaft, hier mitzuwirken. Wir werden diesen Diskussionsprozeß weiterführen und auch in der nächsten Ausgabe von Politix Ihre Reaktionen zur „Erneuerung der Politikwissenschaft“ präsentieren. Wie gewohnt, finden Sie auch diesmal wieder Exkursionsberichte, Konferenzbeiträge, Wissenswertes über das Institut und vieles mehr. Das Redaktionsteam freut sich über Ihre Beiträge, Kommentare und LeserInnenbriefe und wünscht eine interessante Lektüre.

Susanne Wegscheider

Wien, im Jänner 1998



Frisch renoviert: Das Institut für Politikwissenschaft. Seite 44

Impressum

Herausgeberschaft: Institut für Politikwissenschaft (ipw) und Arbeitsgruppe Moving Politics
Medieninhaber, Verleger: ipw, 1090 Wien, Währinger Straße 17
Redaktionsteam: Birgit Appelt, Eva Kreisky, Luise Luksch, Brigitta Neichl, Maria Rösslhumer, Alexander Salzmann, Birgit Sauer, Gabriele Schatzl, Belinda Schneider, Susanne Wegscheider, Elke Ziegler
Redaktionskontakt: Birgit Sauer, ipw, 1090 Wien, Währinger Straße 17
T +43-1-40480-684 **F** 40480-683
email: birgit.sauer@univie.ac.at
Gestaltung: sitte•wegscheider, 1080 Wien
Herstellung: Bank Austria, 1120 Wien
Auflage: 1800 Stück
Erscheinungsweise 3x/Jahr
Offenlegung gem. §25 MedienG.: Medieninhaber: ipw, 1090 Wien, Währinger Str. 17, Vorständin: Univ.Prof.Dr. Eva Kreisky
Blattlinie: Politix informiert über institutsbezogene Aktivitäten sowie über aktuelle Entwicklungen in der Politik.Wissenschaft.

Politikwissenschaft erneuern

Das UniStG 97 macht's möglich.

Von Eva Kreisky.

Wir sind im Rahmen der Grundsätze des UniStG 1997 sowie der bescheidenen personellen, räumlichen und materiellen Ressourcen frei in der Gestaltung des Studiums. Diese Chance sollten wir nützen. In den nächsten Monaten wird an einem neuen Studienplan sowie einer reformierten Prüfungsordnung gearbeitet. Zur Disposition steht das Diplomstudium, aber auch das Dissertationsstudium. Neu dabei ist auch, daß es keine österreichweit einheitlichen Studienregelungen mehr geben wird und die gegenwärtigen* Studienstandorte Innsbruck, Salzburg und Wien frei sein werden, spezifische Schwerpunkte für die Ausbildung zu überlegen und zu entwickeln. Dennoch sollte eine inhaltliche Abstimmung der Pläne quer über die Studienstandorte selbstverständlich bleiben. Studienwechsel zwischen den Standorten muß ja weiterhin möglich bleiben. Potentielle Umsteigestationen müssen - trotz aller regionaler Unterschiedlichkeit - harmonisiert sein.

Breite Basis Neu soll im Rahmen der Wiener Studienrichtung aber auch der Prozeß des Zustandekommens des Studienplanes sein: Nicht sofort kanalisiert in kleine Entscheidungsgremien, sondern zunächst möglichst breit und öffentlich soll über unterschiedliche Aspekte der neuen Studienordnung nachgedacht werden. Daher gilt es in

Ein Totalumbau des Politikwissenschaftsstudiums steht bevor.

organisatorischer Hinsicht, kommunikative Gleise auszulegen für eine solche offene und umfassende Reformdebatte, zu der alle vom Politikwissenschaftsstudium Betroffenen, Lehrende wie Studierende, und an einer Studienreform Interessierten, also auch AbsolventInnen der Studienrichtung, eingeladen sind. Zudem sollten selbstverständlich auch konstruktive Impulse aus dem sozialen, politischen und professionellen Umfeld unserer Studienrichtung aufgenommen werden. Rechtzeitig sollte ein organisierter Austausch mit potentiellen Arbeit- oder Auftraggebern aus politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Berufs- und Interessensphären einsetzen; auch hier nicht aus einem traditionellen Politik- und Berufsverständnis institutionell eingeführt, sondern in aller Offenheit für künftige politische und gesellschaftliche Entwicklungen, die neben bekannten formellen, teilweise aber „erodierenden“, auch zahlreiche neue informelle Aushandlungs- und Vernetzungsstrukturen im nationalstaatlichen Bereich, aber auch in transnationalen Sphären kennen werden. Gilt es für uns doch, PolitologInnen auf diese neue professionelle Welt des Politischen optimal vorzubereiten.

Aus einer anfänglich eher breit angelegten Debatte sollen Themen herausgefiltert werden, um die sich danach Arbeitsgruppen bilden, die an konkreteren Entwürfen arbeiten. Dann erst werden die Ergebnisse dieser Diskussionen sowie die konzeptuellen Vorarbeiten in die (noch nach dem UOG 1975) zuständigen Instituts- und Fakultäts-gremien (Studienkommission, Institutskonferenz, Dekan) münden, um den neuen Studienplan der im Gesetz vorgesehenen externen Begutachtung zuzuleiten und letztlich zu verabschieden. Dieser durch das Wissenschaftsministerium approbierte Studienplan tritt dann für eine Dekade in Kraft. Nach zehn Jahren ist der Studienplan zu evaluieren, zu begutachten und neuerlich zu genehmigen. **NeubeginnerInnen** nach dem Tag X (d.i. der Beginn eines Wintersemesters spätestens bis zum Jahr 2002) steigen jedenfalls in den neuen Studienplan ein. Die Übergangsregelungen für bereits Studierende sind relativ knapp geschneidert: die Regelstudienzeit des jeweiligen Studienabschnittes plus ein Toleranzsemester. Wer in dieser Zeit den betreffenden Studienabschnitt nicht absolvieren kann, wird automatisch in die Anforderungsstruktur des neuen Studienplans übergeleitet. Freiwilliger Übertritt in den neuen Studienplan bleibt immer möglich. Für die sogenannte „neue Studienordnung“ (Diplomstudium sowie neues Doktoratsstudium) aus dem

Das UniStG 97 macht's möglich: Keine inhaltlichen Vorgaben mehr durch Gesetz oder Ministerium.

eine mit dem anderen inhaltlich, theoretisch und methodisch nichts zu tun habee: Wie aber österreichische Politikanalysen vorantreiben, wenn sie nicht theoriegeleitet und vergleichend das Österreichische Politische System in der Epoche ökonomischer und kultureller Globalisierung zu betrachten vermögen? Wie aber internationale Dimensionen des Politischen angemessen erfassen, wenn sie nicht auch in ihrer ideenhistorischen und nationalstaatlichen Grundierung verstanden werden? Wie nationalstaatliche, supranationale und transnationale Strukturen begreifen, wenn sich der analytische Blick nicht auch auf die handelnden oder nicht handelnden Subjekte richtet? Wie das Politische zureichend deuten, wenn es nicht auch in seiner geschlechtlichen Verfaßtheit gesehen wird? Erst das Aufsprengen des einengenden Korsetts der Teilgebiete und das Aufnehmen neuer und sich immer wandelnder Kooperationen wird inhaltlich, theoretisch und methodisch innovative Wege zum Gegenstand der Disziplin eröffnen. Der neue Studienplan muß dafür einen „logistischen“ Rahmen bieten.

Eva Kreisky

Vorständin des ipw

*In diesem Punkt kann es in Hinkunft Änderungen geben im Sinne der Einrichtung neuer oder der Abschaffung bestehender Standorte. Das Gesetz unterlegt nämlich auch die Frage der Standorte einer besonderen Evaluierung. Mit Erlassung des Universitätsstudiengesetzes 1997 und der Verabschiedung des neuen Studienplanes sind aber die gegenwärtigen Standorte der Studienrichtung für eine Dekade zementiert.

Jahre 1981 sind im Zuge der Reformdebatte auch Anrechnungsregeln zu überlegen, die mögliche Übertrittsdefizite, die - peilen wir eine grundlegende Reform des Studiums an - mit Sicherheit nicht ganz auszuschließen sein werden, nicht allzu hart gestalten.

Die Eckpfeiler Was sind nun wichtige inhaltliche Eckpfeiler der anlaufenden Studienplanreformdebatte? Die Erfahrungen mit dem gegenwärtigen Studienplan lassen sich in einigen zentralen Defiziten zusammenfassen: Der weitgehende Mangel an politikwissenschaftlicher „Propädeutik“ (inhaltliche Orientierung, Grundprobleme und -qualifikationen, Kompensation von Wissensdefiziten usw.); das Fehlen eines expliziten Ortes im Studienplan zum Erlernen von Arbeits-, Schreib- und Redetechniken (dem impliziten Erlernen im Rahmen der Fachausbildung wird nur ungenügend Aufmerksamkeit gewidmet); bescheidene Wahlmöglichkeiten aus einem an sich überaus vielfältigen Lehrangebot, da extreme Verschulung durch Zwang zum Scheinesammeln aus strikt vorgegebenen Feldern und Veranstaltungstypen; geringe Möglichkeiten zum inhaltlichen Verweilen (was unter Umständen auch planvolle „Rückkehr“ zu früheren Studiererfahrungen bedeuten könnte), also zu wenig Chancen zu inhaltlicher Vertiefung und fachlicher Spezialisierung; spärliche Freiheiten zu eigenständiger Vernetzung der Studienangebote, weil keine Gelegenheit zur „Fächerkombination“ innerhalb des Politikwissenschaftsstudiums; geringer „experi-

Warnung an Langzeitstudierende!
Die alte Studienordnung läuft zum Tag X endgültig aus.

menteller“ Charakter des Studiums, da kaum Gelegenheiten zur praktischen Anwendung des Gelernten (in Praktika, Exkursionen, Projektseminaren usw.); unangemessene Positionierung von Arbeitsfeldern im Studienverlauf (z.B. Methoden gleich zu Beginn und österreichische Regimelehre erst zum Ende des Studiums). Kreativität und Flexibilität haben sich als wesentliche Voraussetzungen für erfolgreiche Professionalisierung von PolitologInnen erwiesen. Daraufhin muß aber bereits die Organisation des Studiums sozialisieren. Verstärkte Wahl- und Dispositionsmöglichkeiten sind ein Instrument dazu.

Die vier Teilgebiete? Am schwerwiegendsten scheint jedoch die Fortschreibung der willkürlichen Aufteilung des Faches in die sogenannten „vier Teilgebiete“, die Trennungen und Trennbarkeiten suggerieren, die in den politischen Wirklichkeiten gar nicht auszumachen sind. Damit werden problemorientierte Zugänge des Wissens in folgenreicher Weise verstellt. Zudem erscheint das Universum des Politischen in erschöpfender Weise abgedeckt, so daß Anschlußstellen zu anderen Disziplinen (Ökonomie, Soziologie, Psychologie, Philosophie, Geschichte usw.) erst gar nicht gesucht werden müssen. Die Wahlpflichtfach- und Zusatzveranstaltungs-Variante hat sich als unzureichend erwiesen, weil eigentlich am Rand oder außerhalb des Fachs verbleibend. Lediglich die staats- und verfassungsrechtliche Dimension politikwissenschaftlichen Wissens war auch in den verpflichtenden Kernbereich des Studiums eingeschlossen. Diese Aufspaltung der Disziplin in „Teilgebiete“ ist wenig produktiv und befördert eine fatale kommunikative Abschottung innerhalb des Fachs, weil sie unterstellt, daß das

Erinnerungen an den Anfang.

Von Johann Dvorák.

In den Jahren 1968 bis 1971 wurde unter maßgeblicher Beteiligung der Studentenvertretung versucht, Politikwissenschaft als eigene Disziplin an der Universität zu etablieren gegen den heftigen Widerstand des damaligen akademischen Establishments wie diverser Interessensvertretungen und konservativ-reaktionärer Strömungen außerhalb der Universitäten. Die Neueinführung oder der Ausbau sozialwissenschaftlicher Studienrichtungen galten als geradezu umstürzlerische Aktivitäten oder die geistige Vorbereitung darauf. In der Welt draußen gab es Studenten- und Jugendrevolten; in Österreich hingegen herrschte Ruhe (und bis 1970 eine ÖVP-Alleinregierung); die Revolten fanden eher in der Sphäre des Ästhetischen, in der Kunst, der Kleidung, der Haartracht statt. Die Universitätspolitik der konservativen Unterrichtsverwaltung nach 1945 war geprägt von Anti-Liberalismus,

Von 1968 bis 1971 wurde versucht, Politikwissenschaft als eigene Disziplin an der Universität zu etablieren; gegen den heftigen Widerstand des damaligen akademischen Establishments.

Überlegungen zum Studium der Politikwissenschaft 1968 bis 1971.

Anti-Marxismus und Anti-Positivismus – also von der Fortsetzung der Politik des Austrofaschismus und seiner Vorläufer.

Politischer Aufbruch

Auch die Sozialdemokratie war keineswegs eine Partei voll radikaler Intellektueller, doch unter der Regierung Kreisky ab 1970 gab es einen gewaltigen politisch-kulturellen Aufbruch, zu dem auch die Einrichtung eines eigenen Ministeriums für Wissenschaft und Forschung unter Herta Firnberg gehörte und im Gefolge dessen es zu einem enormen Wachstum des universitären Sektors kam. Was die Wissenschaft von der Politik anbelangte, war der Wunsch nach einer Aufklärung über die real existierende Politik mäßig ausgeprägt. Gewünscht wurde von maßgeblichen Kräften innerhalb und außerhalb der Universität eine Wissenschaft, die nichts aufklärte und nichts bewirkte und deren Leistungen in der etwas hilflosen Bestätigung des Bestehenden und der Berufung auf mehr oder weniger obskure Autoritäten der Vergangenheit und Gegenwart bestand. (Die Tradition dafür bestand in den Verwaltungslehren der absolutistischen Monarchien, ergänzt durch diverse Ordnungs-Philosophien und 'moderni-

siert' durch Ideologien des Kalten Krieges ...) Demgegenüber wurde von kritischen und linken StudentInnen Wissenschaft (und besonders die Wissenschaft von der Politik) als ein gesellschaftliches Korrektiv begriffen; für diese Vorstellung von Wissenschaft mußten andere als die vorherrschenden Traditionen gefunden werden. Es mußte daher versucht werden zu zeigen, was Politik und die Moderne im Westen, aber auch in Zentraleuropa einst bewirkt hatten (von den Hussiten, dem niederländischen Freiheitskampf bis zur Englischen und Französischen Revolution).

Revolutionen Die Erinnerung an die vergangenen Revolutionen, wie an ihre uneingelösten Programme und die Erinnerung an die Anfänge der neuzeitlichen Wissenschaft und ihre Ansprüche gingen Hand in Hand mit der Erinnerung an die Abfolge von Gegenrevolutionen in der Habsburgermonarchie und in der nachfolgenden Republik Österreich (von der Gegenreformation bis zum Austrofaschismus und Nationalsozialismus). Das Bemühen um die Wiedereinführung der Errungenschaften westlicher (politischer) Kultur bedeutete auch die Wiederherstellung des Zusammenhanges zwischen den isolierten neuzeitlichen Philosophien und den ihnen zuzurechnenden reformatorischen/revolutionären sozialen Bewegungen. Die Wissenschaft von der Politik war also den bleiernem Apologeten des

1000jährigen Österreich ebenso zu entwinden wie den 'kalten Kriegern', aber auch den Philosophen und Juristen. Wiederzugewinnen war ein Anspruch auf theoretische – empirisch fundierte – Analyse: Aufklärung, Erhellung der bestehenden Verhältnisse als Vorbereitung zu ihrer Veränderung zum Besseren hin. Übertragen auf den Studienalltag und auf den Alltag des politischen Handelns hieß das: ein hoher Anspruch an Wissenschaftlichkeit versus Ideologie und Obskurantismus; Verwissenschaftlichung der Politik und praktische Umsetzung politikwissenschaftlicher Analysen – Wissenschaft wie Politik sollten eine allgemeine Verbesserung der Lebensbedingungen der Masse der Bevölkerung bewirken.

Mit Engagement

Keineswegs wurde dabei aus den Augen verloren, daß die Absolventinnen und Absolventen der Politikwissenschaft ja auch die Aussicht auf einen Brotberuf brauchten. Von kritischen und linken Studentinnen und Studenten wurde daher immer wieder die Vorstellung entwickelt, daß zusammen mit der Etablierung des Faches Politikwissenschaft und dem Fortgang der Studien auch die künftigen Berufsfelder gedacht und zum Teil eben überhaupt erst geschaffen werden mußten: Es genügte daher nicht einfach, Zeugnisse zu sammeln und einen akademischen Grad zu erlangen; politisches Engagement war in diesem Studium für alle notwendig.

Hohes Niveau

Für die Gestaltung des Studiums bedeutete das: ein frühes Vertrautwerden mit wissenschaftlichem Arbeiten auf möglichst hohem Niveau; keine Trennung des Studiums in einführende und weiterführende Studienabschnitte; den Versuch, die Sphären des Rechtes, der Philosophie, Ökonomie,

Kultur, der politischen Institutionen und Prozesse einer genuin politikwissenschaftlichen Analyse zu unterziehen und das dafür notwendige Instrumentarium aus einer Vielzahl von wissenschaftlichen Disziplinen zu gewinnen – getreu einem alten Anspruch von Karl Marx bezüglich der Einheit von Natur- und Gesellschaftswissenschaft. Das hieß aber auch, bestimmte, damals modische (antipositivistische, kulturkonservative) Auslegungen etwa der Frankfurter Schule zurückzuweisen und auf die Verknüpfung von Theorie und Empirie (wie sie sowohl bei Theodor W. Adorno als auch im Wiener Kreis angelegt war) zu insistieren, aber auch nicht daran zu glauben, daß die Verwendung einiger statistischer Methoden und Andeutungen von Mathematisierung schon die wahre Wissenschaftlichkeit ausmachten.

Die Wissenschaft

Die Verwissenschaftlichung der Politik beinhaltete die Vorstellung, Absolventen und Absolventinnen könnten als wissenschaftliche Assistenten und Assistentinnen bei Parlamentsabgeordneten ebenso tätig werden, wie als qualifizierte Beamte und Beamtinnen in einem reformierten (und vom Juristenmonopol befreiten) Staatsapparat; und darüber hinaus würden in der politischen Bildungsarbeit in Schule und Erwachsenenbildung weitere Berufsfelder entstehen. Was damals allerdings verwirklicht worden ist, war ein Studium, wie wir es heute kennen. Um die Einrichtung der Politikwissenschaft als eigene universitäre Disziplin gegen alle bestehenden Widerstände durchzusetzen, mußte auf alle möglichen Einwände eingegangen werden: wissenschaftliche Dignität (oder vielmehr deren Anschein) wurde mit 'Einführungen' in bewährte Disziplinen (vom Recht bis zur Statistik) zu erlangen getrachtet.

Für die neue Studienplan-Entwicklung ist die Frage zu stellen, ob es nicht möglich wäre, mit einer gewissen Gelassenheit die Anforderungen an wissenschaftliche Qualität, Inhalte und Organisation der Studien sowie der Berufsperspektiven zu diskutieren und vielleicht einiges von dem wieder aufzunehmen, was schon einmal an Ansprüchen bzw. Ansätzen vorhanden gewesen ist.

Für die zukünftige Studienplan-Entwicklung ist die Frage zu stellen, ob es nicht nunmehr möglich wäre, mit einer gewissen Gelassenheit die Anforderungen an wissenschaftliche Qualität, an Inhalte und Organisation der Studien sowie die Berufsperspektiven für Politologinnen und Politologen neu zu diskutieren und dabei vielleicht einiges von dem wieder aufzunehmen (wenn auch natürlich nicht unkritisch), was schon einmal an Ansprüchen (aber zumindest in Ansätzen auch im Studienalltag) vorhanden gewesen ist.

Johann Dvorák
Assistent am ipw

An der Peripherie

Politikwissenschaft ist in Österreich eine verspätete Disziplin. Sie ist in besonderem Ausmaß von der deutschen und der US-amerikanischen abhängig. Von Anton Pelinka.

Politikwissenschaft in Österreich ist eine verspätete Disziplin in doppelter Peripherielage: Sie ist in besonderem Ausmaß von der deutschen und – darüber hinaus – von der US-amerikanischen abhängig. Indikatoren dafür sind Karriermuster und Literaturverweise. Diese doppelte Peripherielage reflektiert natürlich zuallererst eine objektive Realität: Politikwissenschaft in einer der “smaller European democracies” – noch dazu verspätet und zusätzlich bestimmt durch eine sprachliche Dependenz – ist von vornherein in einer Randlage. Das führt freilich dazu, daß die österreichische Politikwissenschaft die Neigung zum ängstlichen Rückzug in eine Nische hat. Diese Nische heißt Österreich: Österreich als Forschungsobjekt, als primärer Bezugspunkt wissenschaftlicher Tätigkeit.

Monopol Diese Rückzugsneigung ist nicht nur verständlich, sie war auch längere Zeit hindurch für die gesamte Disziplin funktional. Galt es doch zunächst nach Etablierung des Faches und der Studienrichtung an den hiesigen Universitäten in den 70er Jahren die großen Defizite aufzuarbeiten, die wegen der Verspätung der Politikwissenschaft überdeutlich waren. Arbeiten zu Demokratie und Parlamentarismus in Österreich, zu den Besonderheiten des Parteiensystems und der Sozialpartnerschaft mußten geschrieben

und veröffentlicht werden. Pioniere waren auch hier deutsche (Gerhard Lehnbruch, Karlheinz Naßmacher) und US-amerikanische (G. Bingham Powell jr., William Bluhm, Kurt Steiner) Politologen. Doch erst als auch österreichische KollegInnen mit Publikationen zur österreichischen Politik hervortraten, gelang es allmählich, das juristische Interpretationsmonopol zu erschüttern. Damit eroberte sich

Die hiesige Politikwissenschaft der letzten 25 Jahre beschäftigte sich vor allem mit Österreich.

die erste Generation etablierter VertreterInnen des Faches auch eine bestimmte Position im internationalen Diskurs. Wer immer nun über Österreich arbeiten wollte - sei es in Kanada oder in Portugal - war auf die Arbeiten von ÖsterreicherInnen angewiesen. Bei Tagungen von IPSA (International Political Science Association) und APSA (American Political Science Association), ECPR (European Consortium for Political Research) und DVPW (Deutsche Vereinigung für Politische Wissenschaft) wurden ÖsterreicherInnen vorzugsweise eingeladen, um über Österreich zu referieren. So entstand ein neues Interpretationsmonopol; in der internationalen Fachdebatte waren es fast ausschließlich

ÖsterreicherInnen, die politikwissenschaftlich definierten, was es mit der österreichischen Politik so auf sich hat. Entsprechende Untersuchungen der politikwissenschaftlichen Publikationslandschaft in Österreich, auch der ÖZP (Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft), bestätigen die Konsequenzen: Die hiesige Politikwissenschaft der letzten 25 Jahre beschäftigte sich vor allem mit Österreich. Auch wenn es um Internationale oder Vergleichende Politik ging, war zumeist ein Österreich-Bezug dabei (etwa zur Neutralität; oder im Bereich der Korporatismus-Debatte). Politische Theorie aber zählte zu den besonders vernachlässigten Feldern der Disziplin – fehlte doch hier, falls man nicht über Schumpeter oder Voegelin oder Popper mit vielen Mühen einen Österreichbezug herzustellen vermochte, die schützende Wirkung der Österreich-Nische. Diese protektive Wirkung war es, die der österreichischen Politikwissenschaft zugute kam und kommt. Denn wann immer es um Österreich ging, waren nun genügend ÖsterreicherInnen zur Stelle, um sicherzustellen, daß der Österreich-Diskurs weitgehend im Lande selbst stattfand und von ÖsterreicherInnen beherrscht wurde. Man konnte unter sich bleiben, der harte Wind der Konkurrenz wurde vermieden.

Geschützte Werkstatt
Die österreichischen Beiträge, die politikwissenschaftliche Resonanz

Erst wenn eine Generation der österreichischen Politikwissenschaft mit der gleichen Lockerheit, mit der viele heute international auftreten und Papiere vorlegen, die Österreichs Tabuisierung des Nationalsozialismus oder Österreichs Beitrag zur EU-Regierungskonferenz oder Analysen zum Koreakonflikt zum Gegenstand haben, wird die Unsicherheit überwunden sein.

zeigen und die keinen Österreich-Bezug haben, müssen so auffallende Ausnahmen bleiben. Denn früh schon erfahren die KollegInnen, daß es viel, viel schwieriger ist, sich in einem Panel bei einer internationalen Konferenz durchzusetzen, wenn man nicht auf den Vorteil des „angeborenen“ Startvorsprunges verweisen konnte – aus Österreich zu kommen, wenn es um Österreich geht. So kam es zur geschützten Werkstatt der Österreich-Forschung. Aber wie alle geschützten Werkstätten kann auch diese nur existieren, wenn sie sich dem Marktmechanismus entzieht. Das ist zunächst von Vorteil – „Abkopplung“ nennt das die Friedensforschung, wenn es um den Schutz eines Dritten-Welt-Landes vor den beinharten Konsequenzen des freien Weltmarktes geht. Doch langfristig scheitern diese Abkopplungsstrategien, wie uns die Beispiele in eben der

Dritten Welt zeigen – ob uns das sympathisch ist oder nicht. **Provinzialisierung** Dieser Zustand ist eben deshalb auf Dauer für die Entwicklung der Politikwissenschaft in Österreich von Nachteil. Er ist die Festschreibung einer Provinzialisierung aus einem prinzipiellen Gefühl der Unsicherheit heraus; er ist Ausdruck eines versteinerten Minderwertigkeitsgefühls. Erst wenn eine Generation der österreichischen Politikwissenschaft mit der gleichen Lockerheit, mit der viele heute – glücklicherweise – international auftreten und Papiere vorlegen, die Österreichs Tabuisierung des Nationalsozialismus oder Österreichs Beitrag zur Regierungskonferenz der EU zum Gegenstand haben, auch Analysen zum Korea-Konflikt oder eine Interpretation des post-Rawls-Diskurses vorzutragen versteht, wird diese Unsicherheit überwunden sein. Wie kann es dazu kommen? Hier kann man getrost auf den spill over-Effekt des Ausbaues der Disziplin setzen. In Analogie zum Interesse, das bei der Etablierung des Faches leitend war, schlägt letztlich doch immer Quantität in Qualität um. Anfang der 70er Jahre, als die damals herrschende akademische Kultur in der Politikwissenschaft nichts als ein brotloses oder ein Revoluzzer-Studium sehen wollte, belehrte eine erste und eine zweite Generation von PolitikwissenschaftlerInnen die Öffentlichkeit allmählich doch eines Besseren. Nun kann eine vierte und fünfte Generation die Enge der Pionier-Generationen sprengen – eben weil klar wird, daß in der Nestwärme der Österreich-Nische kaum mehr die interessanten Karrieremöglichkeiten verborgen liegen.

Anton Pelinka

Professor am Institut für Politikwissenschaft, Universität Innsbruck

Was
Sie schon
immer über
Politik-
wissenschaft
lesen
wollten,
lesen Sie
jetzt in

Politix

Zeitschrift des Instituts für
Politikwissenschaft Wien.

Ökonomie & Politik

Eine Bestandsaufnahme. Von Roland Atzmüller.

Im gegenwärtigen Studienplan der Politikwissenschaft in Wien spielen Fächer, welche auf den Zusammenhang von Ökonomie und Politik abzielen, nur eine marginale Rolle. Der gegenwärtige Lehrplan der Politikwissenschaft stellt die traditionell etablierte Grammatik des Gegenstandes dar und verweist auf eine bestimmte Dominanzstruktur in der Ausrichtung des Faches. Diese stehen mit dem sogenannten „orthodoxen Konsens“ (Giddens 1988) in den Sozialwissenschaften, wie er sich insbesondere nach 1945 etablieren konnte, in engem Zusammenhang. Dieser Konsens beruht auf der Annahme, daß die soziale Realität mittels Sinnesdaten eindeutig erkennbar sei (Positivismus). Durch bestimmte im wissenschaftlichen Prozeß zu erkennende Gesetzmäßigkeiten soll die soziale Realität funktionellen Erklärungen zugeführt und mittels plan- und

Im gegenwärtigen Studienplan der Politikwissenschaft in Wien spielen Fächer, welche auf den Zusammenhang von Ökonomie und Politik abzielen, nur eine marginale Rolle.

kontrollierbarer Steuerungseingriffe nach technokratischen Vorstellungen bearbeitbar gemacht werden. Das relativ rigide Wechselspiel des Studienplans von Einführungen, welche allgemein gültige Grundlagen vermitteln sollen, und Seminaren, welche vom Institut je nach angenommenen Notwendigkeiten angeboten und vom bzw. von der Studierenden je nach Interesse ausgewählt werden, weist auf die verengt technokratische Vorstellung von Demokratie hin, welche die Konstitution des Faches bestimmte. So können – im pluralistischen Sinne – vorgeblich alle Fragen zu einem möglichen Inhalt der Politik und des Faches werden, wenn sie sich der grundlegenden Grammatik beugen. Sie können jedoch keine vorrangige Bedeutung beanspruchen oder gar die Frage nach Macht- und Herrschaftsverhältnissen aufwerfen.

Seit den 70er Jahren

Die seit den 70er Jahren beobachtbaren Transformationsprozesse, welche exemplarisch an den wiederkehrenden ökonomischen Krisen, der Krise des Wohlfahrtsstaates, der Transnationalisierung, den Neueren Sozialen Bewegungen, sowie der zweiten Frauenbewegung festmachbar sind, haben den Status und die Reichweite des Politischen nachhaltig geprägt und verändert. Die damit verbundene wissenschaftliche Kritik (Feminismus, Neomarxismus, Poststrukturalismus, Diskurstheorie) führte

schließlich zum Ende des „orthodoxen Konsenses“ in den Sozialwissenschaften. Als solche steht die Politikwissenschaft nun in zweifacher Hinsicht vor einem Problem.

Zwei Problembereiche

Einerseits ist die ‘orthodoxe’ Spaltung der Sozialwissenschaften in verschiedene Fächer aufgrund bestimmter „realer gesellschaftlicher Strukturen“ für eine wissenschaftliche Bearbeitung selbiger durchaus nachvollziehbar. Andererseits trägt diese Trennung aufgrund der Rolle der Sozialwissenschaften als gesellschaftliche Sinnproduzenten zur Reproduktion dieser Verhältnisse bei. Nur in der interdisziplinären Öffnung zu anderen Gebieten des Sozialen kann das Fach dieses Dilemma m.E. überhaupt bearbeiten.

Neoklassische

Ökonomie Ein unkritischer Blick etwa auf die Nachbardisziplin Ökonomie würde diesem Anspruch allerdings kaum gerecht werden. Gerade die dominante neoklassische Ökonomie bietet ein Set von Annahmen, welche quasi naturwissenschaftliche Gültigkeit beanspruchen. Hier sei vor allem auf das Konstrukt rational kalkulierender Nutzenmaximierer verwiesen, das auf der Annahme beruht, das Drängen der Märkte führe automatisch zu einem für alle vorteilhaften Gleichgewicht. Institutionen und politischen Prozessen kommt hier nur eine marginale, auf eine Außenbeziehung zum Ökonomi-

schen reduzierte Bedeutung zu. Eine unreflektierte Übernahme ökonomischer Theorien hätte zur Folge, daß deren implizit antipolitische Grundlage, wie sie insbesondere in den neoliberalen Doktrinen ausformuliert wurde, importiert würden. Die Frage des Politischen würde auf eine Restgröße – etwa die Sicherung von Recht und Ordnung – reduziert.

Politische Ökonomie

Die Einbindung Politischer Ökonomie stellt daher zwei voneinander untrennbare Anforderungen.

Zunächst müßte grundlegendes empirisches Wissen über ökonomische Prozesse und Bedingungen aus österreichischer wie internationaler Perspektive vermittelt werden, um etwa den ökonomischen Gehalt der erwähnten Transformationen zu verstehen. Unter Bezugnahme auf moderne politökonomische Diskurse, wie etwa der evolutionären und institutionalistischen Ökonomie oder der französischen Regulationstheorie, müßte der Zusammenhang von ökonomischen und politischen Prozessen und Institutionen beleuchtet werden. Es müßte also vermittelt werden, daß die ökonomischen Verhältnisse im Kapitalismus (auch international) von einer Selbststeuerung durch die unsichtbare Hand des Marktes weit entfernt sind und vielmehr ohne institutionelle, politische Formen der Regulation nicht adäquat verstanden werden können. Werden verschiedene wissenschaftliche Repräsentationen politökonomischer Verhältnisse (jenseits der Neoklassik) anerkannt, stellt sich weiters die Frage nach der gesellschaftlichen Rolle dieser Modelle.

Dekonstruktion

Politische Ökonomie sollte daher an eine Kritik derselben gekoppelt sein (vgl. Kade 1977). Diese Kritik müßte auf eine potentielle Dekon-

struktion der grundlegenden Annahmen ökonomischen Denkens abzielen – also etwa den sozialen Charakter einer Konstruktion wie 'rational kalkulierender Nutzenmaximierer' aufzeigen und erkennbar machen, auf welchen sozialen (Macht-)Verhältnissen (Geschlecht, Klasse etc.) dieses 'monadenhafte Individuum' beruht.

Macht- und Herrschaftskritik

Ökonomisches Wissen kann genausowenig "Objektivität" beanspruchen, wie jedes andere sozialwissenschaftliche Wissen. Es steht vielmehr stets in engem wechselseitig konstitutiven Zusammenhang mit Macht- und Herrschaftsverhältnissen. Damit sei auf die Rolle bestimmter Wissenssysteme für das Regieren moderner Gesellschaften verwiesen. Neoliberalismus, Keynesianismus etc. könnten nach Foucault als „intellektuelle Technologien“, als bestimmte Formen von „Gouvernementalität“ (Regierungsdenken) verstanden werden (vgl. Miller/Rose 1994). Politische Ökonomien erschienen so als Systeme/Doktrinen, die Methoden und Techniken zur Verfügung stellen, Wissen über die Gesellschaft zu sammeln, welches Begriffsprägungen (Vollbeschäftigung, Deregulierung) ermöglicht, in denen soziale Auseinandersetzungen und politische Prozesse stattfinden. Gegenwärtige Transformationsprozesse moderner Gesellschaften, die sowohl die Ebene des Ökonomischen wie auch des Politischen erfassen, könnten damit in ihren wechselseitig empirischen wie sprachlichen „Repräsentationen“ begreifbar gemacht werden. Darüber hinaus könnte ein derartig fundiertes Verständnis der Rolle von Wissenschaften als „intellektuelle

Es müßte zum Beispiel vermittelt werden, daß die ökonomischen Verhältnisse im Kapitalismus von einer Selbststeuerung durch die unsichtbare Hand des Marktes weit entfernt sind, und ohne institutionelle, politische Formen der Regulation nicht adäquat verstanden werden können.

Technologien“ den Prozeß der kritischen Selbstreflexion der Politikwissenschaft vorantreiben.

Roland Atzmüller

Politologe

Literatur

- Giddens, Anthony: (1988) Die Konstitution der Gesellschaft, Frankfurt/New York.
- Kade, Gerhard: (1977) Politische Ökonomie - heute; in: Vogt, Winfred: Seminar: Politische Ökonomie. Zur Kritik der herrschenden Nationalökonomie, Frankfurt/Main, 149-168.
- Miller, Peter/Rose, Nikolas: (1994) Das ökonomische Leben regieren; in: Donzelot, Jacques u.a.: Zur Genealogie der Regulation, Mainz, 54-108.

Ist RECHT in der Politikwissenschaft ein ALIEN ?

Hans-Georg Heinrich.

Im Rahmen des Politikwissenschaftsstudiums waren und sind die Rechtsfächer ein alien, ein erratischer Block aus einer anderen Welt. Das hängt vor allem mit der Entstehungsgeschichte der Studienordnung zusammen. Die Betonung des Rechts war auf die Insistenz der Juristen zurückzuführen, welche meinten, auch PolitikwissenschaftlerInnen sollten etwas „ordentliches“ lernen und man könnte gleichzeitig die aufrührerische

Der anekdotische Unterschied zwischen JuristInnen und PolitikwissenschaftlerInnen liegt in der Reaktion auf den Auftrag des Vortragenden, bis zur nächsten Seminarstunde das Telefonbuch zu lesen. JuristInnen fragen: „Auch das Branchenverzeichnis?“, PolitologInnen: „Wozu?“

Disziplin sowie ihre Träger an die Kandare nehmen. Die Vermittlung des Stoffes sowie dessen Integration in die politikwissenschaftlichen Fächer gelang in der Lehrpraxis nur selten. Die Erarbeitung neuer Studienpläne findet heute jedoch unter ganz anderen Rahmenbedingungen statt. Die Dienstzweigeverordnung läßt auch AbsolventInnen der Politikwissenschaft zu staatlichen Posten und die Politikwissenschaft hat Einzug in die Studienpläne der von Juristen dominierten Lehrinstitutionen (z.B. der Diplomatischen Akademie) gehalten. Das früher so beklagte Juristenmonopol ist gebrochen und die AbsolventInnen der rechtswissenschaftlichen Studienrichtung finden längst nicht mehr automatisch berufliche Nischen vor.

Im Wandel Auch die Rechtsordnung ist im Wandel. Ein höherer Grad an Demokratie bedeutet mehr Recht, aber auch mehr Verantwortung. Der Staat steht unter dem Druck, dem Gleichheitspostulat (Chancengleichheit) zum Durchbruch zu verhelfen. Wo nach der dominanten Perzeption Gleichheit bereits besteht, wird den Individuen höhere Autonomie eingeräumt. Daraus ergibt sich ein ambivalenter Prozeß, in dem gleichzeitig

neue Regelungsbereiche entstehen (Schutz gegen sexuelle Belästigung) und zwingendes staatliches Recht abgebaut wird (z.B. Homosexualität, Sozialversicherung). Recht ist in Demokratien tendenziell strukturkonservierend; es setzt politischen Reformen Grenzen, wie man am Beispiel der Pensionsreform im Bereich der ÖBB sieht. Interpretation des Gesetzes kann aber auch Spielräume erweitern, wie das bei der Ausdehnung der Parteistellung im Umweltrecht der Fall war. Auf jeden Fall ist Politik – zumindest in Demokratien – auf Recht angewiesen; umgekehrt gibt es kein Recht ohne Politik; man könnte von siamesischen Zwillingen sprechen. Recht ist eben mehr als bloßer Überbau, Unterdrückungsmechanismus oder Verschleierung von Machtverhältnissen. In einer dynamischen Demokratie ist Recht ein immer wichtiger werdendes Steuerungsinstrument, welches politisches Verhalten mitformt. Das gilt auch für die internationalen Beziehungen, wo der rational choice-Ansatz immer mehr an Bedeutung verliert. Auch in der neoklassischen (ökonomischen) Theorie hat die institutionalistische Tendenz die Oberhand gewonnen; der Markt wird nicht mehr als ein Ensemble eigennutzgesteuerter Individuen betrachtet,

sondern auch als ein durch Rechtsinstitutionen strukturierter Handlungsraum.

Der neue Studienplan Bei der Erarbeitung neuer Studienpläne ist die wichtigste Frage jene nach dem beruflichen Leitbild. Dabei können vereinfachend die Zielvorstellungen „theoretische Analyse“ und „praktische Problemlösung“ gegenübergestellt werden. In der politiktheoretischen Analyse wird Recht in seiner gesellschaftlichen Funktion als besonderer Regelkomplex betrachtet und verstanden (zum Beispiel in der Luhmannschen oder Habermasschen Tradition). Um ein kompetentes Urteil über die Effekte und den Stellenwert des Rechts in einer Gesellschaft abgeben zu können, kann ein Studium der Wirkungen des Rechts, konkreter Entscheidungen in Gesetzgebung und Vollziehung nicht ausgespart werden. Auch die Erarbeitung von Lösungen für beliebige politische Probleme (oder nur deren Analyse) setzt die Einbeziehung der rechtlichen Dimension voraus. So müssen für die Beurteilung der Umsetzbarkeit des Frauenvolksbegehrens (neben den wirtschaftlich-finanziellen Parametern) zumindest die verfassungsrechtlichen Doktrinen zum Gleichheitssatz und weite Teile des Sozialrechts bekannt sein und außerdem eine Fülle von Organisationsnormen wie Zuständigkeiten nach dem Bundesministeriengesetz.

Kenntnis des Rechts

Es kann behauptet werden, daß es nicht ein einziges Thema in der Politikwissenschaft gibt, welches mit Recht absolut nichts zu tun hätte. Beide erwähnten Berufsleitbilder setzen also Verständnis und Kenntnis des Rechts (des österreichischen und gegebenenfalls auch ausländischer Rechtssysteme)

PolitikwissenschaftlerInnen sollen und dürfen keine (Ersatz-)JuristInnen sein. Wichtig wäre es jedoch, einen Wegweiser durch die Rechtsordnung anzubieten.

voraus. Die Frage sollte daher nicht nach dem **ob**, sondern nach dem **wie** der Berücksichtigung des Rechts im politikwissenschaftlichen Curriculum gestellt werden. PolitikwissenschaftlerInnen sollen und dürfen keine (Ersatz-)JuristInnen sein. Die bisherige Vorgehensweise, eine Art juristisches Kurzstudium zu bieten, ist verfehlt. Wichtig wäre daher, einen Wegweiser durch die Rechtsordnung anzubieten, der problemorientierte Zuordnungen und Verknüpfungen erlaubt.

PolitologInnen

könnten Leute sein, die wissen, wie man zu einer Information kommt. Sie müssen nicht alles wissen, vor allem nicht auswendig. Bei der Darstellung von Rechtsinstitutionen sollte immer die Schnittstelle zwischen Recht und Politik fokussiert werden. Von diesem Punkt aus läßt sich sowohl Recht als auch Politik adäquat verstehen. Eine reine Darstellung rechtlicher Inhalte ohne Information über den konkreten Entstehungs- und Wirkungszusammenhang der Normen ist sinnlos. Andererseits würde eine Eliminierung der Rechtsfächer aus dem politikwissenschaftlichen Studium, wie es mancherorts gefordert wird, zwar das Studium erleichtern, nicht aber das Verständnis von Politik.

Hans-Georg Heinrich
Professor am ipw

Diskussionsforum

Neuer Studienplan

→ Nächster Termin

21. Jänner 1998

17.30 Uhr

ipw, Währinger Straße 28
Hörsaal

→ Themen

Studieneingangsphase

Vorbereitung: Helmut Kramer
+ Studienrichtungsververtretung

‘Vierteilung’ der Politikwissenschaft und ihre ‘Flexibilisierung’

Vorbereitung: Eva Kreisky,
Birgit Sauer

Alle Interessierten sind herzlich eingeladen, am Diskussionsforum teilzunehmen und dieses mitzugestalten.

Die Erosion des Vierkästchensystems.

Am Beispiel Frauen- und Geschlechterforschung.
Von Birgit Sauer.

Frauen- und Geschlechterforschung ist am Wiener politikwissenschaftlichen Institut personell und inhaltlich vergleichsweise optimal verankert. Man kann mit Fug und Recht behaupten, daß feministische Politikwissenschaft hier nicht neben dem „normalen“ Lehrbetrieb in einem Vorgärtchen betrieben wird, sondern daß die Kategorie „Geschlecht“ in alle politikwissenschaftlichen Teilgebiete eingesickert ist und geschlechter-sensible Problemstellungen in zahlreichen Lehrveranstaltungen thematisiert werden bzw. werden können. Die Geschichte feministischer (Politik-)Wissenschaft an den österreichischen (und auch deutschen) Universitäten ist durch

Frauen- und Geschlechterforschung sollte als ein eigener Studien-schwerpunkt innerhalb des Faches sichtbar gemacht und etabliert werden.

zwei Institutionalisierungs-Alternativen gekennzeichnet:

Strategie 1

Frauen- und Geschlechterforschung sollte als ein eigener Studienschwerpunkt innerhalb des Faches sichtbar gemacht und etabliert werden – gleichberechtigt neben der politischen Soziologie, der politischen Theorie, der Regimelehre etc. Die Vorteile dieser Strategie lagen in der Bündelung der verschiedenen feministischen Ansätze in der Politikwissenschaft. Letztendlich waren diese Überlegungen aber auch der knappen Ressourcenlage (vor allem in den Anfängen feministischer Politikwissenschaft) angepaßt: Eine Professorin sollte die feministischen Energien bündeln und zusammenführen. Dagegen wurde zurecht ins Feld geführt, daß dies zu einer Absonderung und Ghettoisierung der Geschlechterforschung führt und daß die anderen Teildisziplinen über ihre implizite Geschlechtlichkeit überhaupt nicht reflektieren müssen, sondern durch den Schwerpunkt „Geschlechterforschung“ geradezu entlastet werden.

Strategie 2

Die mehrheitlich favorisierte Strategie der Integration der Geschlechterforschung in alle Teilbereiche der Politikwissenschaft

verfolgt das Ziel, Geschlechterverhältnisse zur integralen Problemstellung aller Teilgebiete der Disziplin zu machen. Dies korrespondiert mit dem Anspruch, nicht „nur“ Frauenforschung im Sinne der „Erforschung von Frauen“, sondern politikwissenschaftliche Geschlechterforschung als Kritik der Geschlechtsblindheit des Faches zu betreiben. Auch die „harten“ politikwissenschaftlichen Fächer wie Internationale Beziehungen oder politische Ökonomie beispielsweise sollten auf ihre verborgene Fundamentalannahme „Geschlecht“ hin kritisch überprüft werden.

Das Beispiel Berlin

Diese Forderung führte zum Beispiel am Fachbereich Politische Wissenschaft der Freien Universität in Berlin dazu, daß in der Phase personeller Expansion des akademischen Mittelbaus nach dem Streik der Studierenden Ende der achtziger Jahre in jeder politikwissenschaftlichen Teildisziplin (zeitlich befristete) feministische Stellen geschaffen wurden. Zudem schrieb der Studienplan „Geschlechterforschung“ als einen verbindlichen Teilbereich des ersten Studienabschnitts fest. Die Nachteile dieser „dezentralisierten“

kritischen Perspektive auf die Politikwissenschaft sind aber inzwischen sichtbar geworden: In Zeiten der Sparpolitik ist es eine gleichsam in weite Ferne gerückte Utopie, daß weitere Stellen für Geschlechterforschung geschaffen werden. Die Stellenkontraktion am Berliner Institut hatte zur Folge, daß mit dem Auslaufen der befristeten Stellen auch die Geschlechterforschung nahezu verschwand und die Maßgabe des Studienplans, nämlich Geschlechterforschung verpflichtend zu belegen, heute nur schwerlich mangels Angebot realisiert werden kann. Doch nicht nur die Anpassung an diese Mangelsituation legt eine revidierte feministische Strategie nahe, sondern auch die Frage nach der inneren Stringenz der Politikwissenschaft. Anstatt Geschlechterforschung in die Teildisziplinen zu integrieren, sind wir heute an einem Punkt, wo wir die Vierteilung der Politikwissenschaft (zumindest teilweise) revidieren sollten.

Der Geschlechteransatz (selbstverständlich nicht nur dieser) macht schon seit geraumer Zeit deutlich, daß beispielsweise die Trennung zwischen Internationaler Politik und Innenpolitik/Regimelehre zu Erkenntnisbegrenzungen führt oder daß sich die Trennung von politischer (Geschlechter)Theorie und der Analyse von policies als undurchführbar erwies. Ich denke, daß wir deshalb über ein „Mischsystem“ nachdenken sollten, das die tradi-

tionelle Vierteilung der Politikwissenschaft partiell auflöst, indem es einen gewissen Teil der Ressourcen (intellektuelle und personelle) auf (aktuelle) gesellschaftspolitische Problemkonstellationen bezieht und die Fragestellungen und Kategorien der Teilbereiche in diesen Problemfeldern bündelt. Diese Problemschwerpunkte sollten darüber hinaus einen verbindlichen „Anker“ in den „Teilbereichen“ besitzen. Solche Problemschwerpunkte könnten sein: Geschlechterforschung, Globalisierung und Internationalisierung, Demokratie/Demokratisierung, Technik und Medien. Meiner Meinung nach sollte kein/e Studierende/r der Politikwissenschaft das Institut verlassen, ohne sich nicht einmal Gedanken über diese Schwerpunkte gemacht zu haben.

Post Skriptum

Es ist nicht klar, ob die oben genannten auch die wirklich wichtigen Entwicklungsstränge der Zukunft sein werden, mit denen sich Politikwissenschaft beschäftigen sollte. Möglicherweise gibt es aber temporale Verankerungsstrategien.

Birgit Sauer

Assistentin am ipw

„MÄNNERORT GASTHAUS Öffentlichkeit als sexualisierter Raum.“

In diesem 1997 bei Campus erschienenen Buch wird das Gasthaus als einer der ältesten Orte geselliger und politischer Öffentlichkeit auf neuartige Weise erschlossen. Aus der Perspektive der Frauen- und Geschlechterforschung vermittelt **Beatrix Beder** Einsichten in die männerbündische Atmosphäre des Gasthauses. Ein Beispiel dafür, daß gelungene Diplomarbeiten auch das Interesse von Verlagen finden können.



MIT DER ANPASSUNGSFÄHIGKEIT

des „politischen Konzepts Neutralität“ an internationale und nationale Erfordernisse beschäftigt sich die bei Braumüller erschienene Dissertation von **Helmut Szpott** unter dem Titel „**Neutralität und Integration. Das Relationale der Neutralität im Beitrittsprozeß Irlands zur EG**“. Am Beispiel Irlands zeichnet der Autor die Argumentationslinien für und gegen einen Beitritt des Landes zur Europäischen Gemeinschaft nach und belegt, daß die Inhalte von Neutralität durchaus den Umständen angepaßt werden können.

DIE LEISTUNGEN

von PolitologInnen sind viel zu wenig bekannt. Politix wird daher in Zukunft Diplomarbeiten und Dissertationen, die in Buch- oder Broschürenform erschienen sind, ihren LeserInnen bekannt machen. **Wir bitten Sie, uns auf neue Veröffentlichungen aufmerksam zu machen.** Schicken Sie einfach eine kurze Inhaltsangabe an: Politix, 1090, Währinger Straße 17.

Die neuen Problemschwerpunkte könnten sein:
 Geschlechterforschung
 Globalisierung &
 Internationalisierung
 Demokratie/Demokratisierung
 Technik & Medien

Studienwünsche aus dem Beethovenstüberl

Zu Beginn der bevorstehenden Studienplandiskussion und auf Initiative unseres Professors haben wir 'Kramer-DiplomandInnen' uns im berühmten Beethovenstüberl (Treffpunkt besagter DiplomandInnen) zusammengefunden, um einige Ideen für den neuen Studienplan einzubringen. Vielleicht können unsere Anregungen späteren PolitikwissenschaftlerInnengenerationen weiterhelfen. Kurz vor Ende des Studiums blicken wir folglich nostalgisch zurück und erinnern uns an die anfänglichen (und ständigen) Probleme des Studiums. **Erst lernen** Im ersten Studienabschnitt bildet die Vermittlung solider Basiskenntnisse eine wichtige Voraussetzung für den weiteren Studienweg. Um der obligaten Orientierungslosigkeit zu Beginn des Studiums zu entgegen, plädieren wir für eine Einführungsphase, die in den ersten zwei Semestern vorwiegend aus Pflichtvorlesungen bestehen könnte. So sollten grundlegende politikwissenschaftliche und sozio-ökonomische Kenntnisse ebenso Teil dieser Grundausbildung sein wie die Vermittlung praktischer Fähigkeiten im Bibliothekswesen (Zitation etc.) und eine Schulung der Rhetorik und Präsentationstechnik. Die Vorverlegung einiger Vorlesungen wie der

Kurz vor Ende des Studiums blicken wir nostalgisch zurück und erinnern uns an die anfänglichen (und ständigen) Probleme des Studiums.

Grundlagen des österreichischen politischen Systems bzw. die Aufteilung der Methodenlehre und der politischen Theorie auf beide Studienabschnitte entsprechen dahingehenden Überlegungen. Volkswirtschaftliche Grundlagen dürfen im Einstiegssemester eines Politikwissenschaftsstudiums ebenfalls nicht fehlen. **Ein breites Angebot** an Sprachkursen und fremdsprachigen Vorlesungen/Seminaren (in denen auch Arbeiten in den jeweiligen Sprachen verfaßt werden müssen) als Teil des Studiums erhöht darüber hinaus einerseits die Attraktivität des Instituts für internationale DozentInnen und StudentInnen und bietet andererseits eine wichtige Zusatzqualifikation der österreichischen AbsolventInnen. Dazu gehört auch die Forcierung der Auslandsaufenthalte. Neben diesen inhaltlichen Veränderungen schla-

gen wir die Betreuung der Erstsemestrigen durch Mentoren/ältere StudentInnen vor (und so eine Betreuung sollte während des gesamten Studiums forciert werden, „Begleitung“). Ein Einführungstutorium ermöglicht den Kontakt zu älteren StudentInnen und AbsolventInnen unter dem Motto: Blicken wir in das Leben danach!

Wir wollen zukünftigen Studierenden den Schock ersparen, den wir selbst kurz vor dem Ende unseres Studiums erfahren haben: the lack of theory. Diplomarbeiten im luft-leeren, theorielosen All, und plötzlich besinnt Mensch sich (dank der Grundprobleme-Vorlesung) seiner politikwissenschaftlichen Wurzeln – nur leider liegt das alles schon so lange zurück!! Daher die Forderung nach einem zweiten Theorieblock. Unserer Meinung nach wäre auch die Methodenlehre am Anfang des zweiten Studienabschnitts besser situiert.

Das Ende naht Der Prüfungspaß verlangt die Details unseres Tuns. Wie wählen wir unsere Schwerpunktbildung? Verstärkte Spezialisierung im zweiten Studienabschnitt könnte mittels vorgegebener "Schienen" erfolgen, die mehrere Schwerpunkte bzw. Leitlinien ermöglichen und gleichzei-

Will Mensch sein Studium in absehbarer Zeit vollenden, empfehlen wir den gelernten Umgang mit der Bürokratie.

Deutschland üblich zu sein scheint, wünschen wir uns ebenfalls. Nicht um ProfessorInnen „abzusägen“ oder privatwirtschaftlichen Wettbewerb ins Studium einzuführen, aber um einen Vergleich zu bieten und Verbesserungen nahezulegen. **Und danach?** Die Diskussionen über die 'Verwertung' des Studiums haben sich im Spannungsfeld „Studieren für den Markt“ und dem Reizthema „Berufsausbildung“ abgespielt. Die breite wissenschaftliche Ausbildung der PolitikwissenschaftlerInnen, Problemlösungskapazitäten, Fähigkeiten im Kommunikations-, Medien- und Organisationsbereich sind durchaus auch im außeruniversitären Bereich nachgefragte Qualifikationen. Eine koordinierte Öffentlichkeitsarbeit seitens des Instituts und der AbsolventInnen könnte zu einem neuen Selbstverständnis unserer Disziplin beitragen. Uns allen entgeht nicht die Bedeutung eines AbsolventInnenclubs, auch wenn „Alumniverein“ ein bißchen nach „Licht ins Dunkel“ klingt. Ein solcher Verein sollte nicht in Konkurrenz zur Hohenstaufengasse entstehen (Ansicht der VerfasserInnen), es sollte doch gelingen, zumindest die AbsolventInnen beider Institute an einen Tisch zu bringen.

**DiplomandInnengruppe
bei Prof. Kramer**

*Wir freuen uns
über Reaktionen auf diesen Artikel.*

tig eine Orientierungshilfe bieten. Eine zusätzliche Erweiterung des zweiten Studienabschnitts stellen unserer Meinung nach Praxisfelder dar, zu verstehen als „Kurzstudien im Studium“, beispielsweise in den Bereichen Medien, Ökologie, politische Ökonomie oder Verwaltung. Die Einbeziehung von Gästen und Praktikern ermöglicht im weiteren projektbezogene Arbeiten. Dieser Kontakt mit der Außenwelt könnte in einem freiwilligen, jedoch anrechenbaren Praktikum vertieft werden. Gerade in Wien gäbe es unserer Meinung nach genügend Möglichkeiten für Praktika, zum Beispiel parlamentarische Mitarbeit, administrative Tätigkeiten, Mitarbeit bei NGOs oder internationalen Organisationen oder im Wirtschaftsbereich. Jenen zahlreichen Studierenden, die neben ihrem Studium arbeiten, könnten solche Tätigkeiten ebenfalls angerechnet werden. Eine Berichterstattung nach Abschluß des Praktikums ermöglicht eine Evaluierung der geleisteten Arbeit.

Gute Taten Sogenannte „Pfadfinder-Wochenstunden“, eine Anrechnung von „guten Taten“ für das Institut, könnten sich ebenfalls (positiv) im Prüfungspaß niederschlagen. Darunter fällt die Betreuung von Erstsemestrigen durch ältere StudentInnen, Computerraum- oder Bibliotheksbetreuung. All das trägt dazu bei, daß das Politikwissenschaftsstudium eine Profilierung gegenüber benachbarten („feindlichen“) Studien wie Jus oder WU erfährt (Und einige von uns erachten das als notwendig).

Charmeoffensive Will Mensch sein Studium in absehbarer Zeit vollenden, empfehlen wir den gelernten Bürokratieumgang - von unseren männlichen Kollegen galant mit „Charmeoffensive“ umschrieben. Wieviel Zeit hätten wir uns ersparen können, hätten wir gewußt, wann warum zu wem - wer hat nicht einmal überlegt, ob

der Umgang mit der Bürokratie ein Zweitstudium wert wäre? Wir wünschen uns für die Zukunft einen besseren Informationsfluß von seiten des Institutes. Die Institutsversammlung könnte aufgewertet werden, indem sie im Rahmen der Einführungsvorlesung abgehalten wird (Wir geben ja zu, unsereiner hat von der Institutsversammlung zum ersten Mal im elften Semester gehört. Und dann ist eine Vorstellung der LektorInnen etwas verspätet, ein paar kennen wir ja doch). **Und im übrigen** sind wir der Meinung (auch wenn es keiner mehr hören kann), daß wir Computerbenutzungsmöglichkeiten brauchen. Manchen Utopisten in unserer Gruppe schwebt sogar die Einrichtung einer elektronischen SOWIDOK für in Österreich schwer zugängliche Publikationen und Zeitschriften vor. Zumindest Internet-Anschlüsse wären ein Traum - und damit die Nutzung als moderne Recherchemöglichkeit, Diskussionsforum und Zugang zu internationalen Projektgruppen. Der Computerzugang am NIG ist lachhaft, die Wartezeit eine Katastrophe.

Als baldige AbgängerInnen der Politikwissenschaft würde uns eine Erhöhung der Anzahl der Assistentenposten (natürlich) begeistern. Junge AbsolventInnen könnten in einer Art „unterer Mittelbau“ auf zwei bis vier Jahre zeitlich begrenzt an einer Dynamisierung der Forschung und Lehre mitarbeiten. In denselben Bereich fällt die Forderung nach mehr TutorInnen: organisatorische Einblicke in das Studium sind äußerst nutzbringend. Eine Evaluierung der Lehrveranstaltungen, wie das in

Der Computerzugang am NIG ist lachhaft, die Wartezeit eine Katastrophe.

Im Schnittpunkt von Versäumnissen und Defiziten

Von Helmut Lang.

Egal wie man sich durchs Studium bewegt, ob in großen oder kleinen Schritten, im Gehen oder im Dauerlauf, spätestens am Ende des Studiums und am Übergang zum Berufsleben kristallisieren sich die persönlichen Versäumnisse, als auch die Vorteile und Defizite des Studiums heraus. Welche Schlüsse aus den Erfahrungen von AbsolventInnen im Hinblick auf die Studienplanreform gezogen werden können, soll im folgenden dargelegt werden. Die Argumente entsprechen in erster Linie meiner eigenen Einschätzung. Ich berücksichtige aber auch Gespräche mit anderen AbsolventInnen, die im Rahmen meines einföhrungsbe-gleitenden Tutoriums zur „Berufsorientierung für StudienanfängerInnen“ zu Gast waren.

Verpflichtende Grundlagen

Der bisherige Studienplan bietet ein großes Maß an individuellen Gestaltungsmöglichkeiten, die „Verschulung“ des Studiums ist, etwa im Vergleich zum Jus-Studium, relativ gering. Diese Situation wird im allgemeinen überwiegend positiv bewertet und sollte auch unbedingt erhalten bleiben. Sie hat allerdings auch einen Nachteil. Durch die geringe Zahl

Spätestens am Ende des Studiums und am Übergang zum Berufsleben kristallisieren sich die persönlichen Versäumnisse, als auch die Vorteile und Defizite des Studiums heraus.

verpflichtender Lehrveranstaltungen für alle, in Verbindung mit der – während meiner Studienzeit (ab 1988) – noch sehr mangelhaften Qualität der Einföhrungsvorlesungen, ist es möglich, das Studium abzuschließen, ohne jemals mit grundlegenden Themen des Faches konfrontiert worden zu sein. So können Studierende etwa die – meines Erachtens wichtige – Auseinandersetzung mit Demokratietheorien oder mit dem Funktionieren der Europäischen Union durchaus meiden. Es fehlt ein kleinster gemeinsamer Nenner, ein Grundkanon verpflichtender Texte, der das Werkzeug eines jeden Studierenden ausmacht.

Rhetorik und Präsentation

Beim Besuch von Symposien oder Tagungen stelle ich immer wieder mit Bestürzung fest, wie miserabel die Qualität der Vorträge ist. Die Mehrzahl der WissenschaftlerInnen

ist nicht in der Lage, Inhalte verständlich und interessant zu präsentieren. Dieser wichtige Aspekt sollte während des Studiums verstärkt Berücksichtigung finden. Nicht nur das Lehrpersonal sollte einige Grundsätze der Rhetorik beherrschen und vermitteln können, es wäre auch eine eigene Lehrveranstaltung zu diesem Thema sehr sinnvoll.

Methoden

In einer Zeit, in der die Halbwertszeit des Wissens ständig sinkt, sollte der Schwerpunkt von der Vermittlung inhaltlichen Wissens zunehmend auf die Vermittlung von Arbeitstechniken und Methoden verlagert werden. Einer der wesentlichen Vorzüge von PolitologInnen liegt nämlich in der Fähigkeit, sich rasch in neue Themengebiete einzuarbeiten, große Datenmengen zu strukturieren und zusammenzufassen, neue Informationen zu recherchieren

und Konzepte zu erstellen. Natürlich ist die Vermittlung von Methoden auch jetzt das Ziel von Seminaren, allein die Praxis sieht meist anders aus. Gefordert ist hier das Lehrpersonal, mehr Wert auf methodisch richtigen Zugang zu legen und sich Zeit für Feedback zu nehmen.

Reformen

Bezüglich der thematischen Schwerpunkte des Studiums halte ich vor allem zwei Bereiche für ausbaufähig: Ökonomie und EU. Die ungenügende Vermittlung wirtschaftlichen Wissens wird gerade von jenen PolitologInnen betont, die ein Post-graduate-Studium im Ausland absolvierten und dort große Anstrengungen leisten mußten, dieses Defizit aufzuholen. Zur geringen Bedeutung von Fragen der Europäischen Union sind zwei Belege anzuführen: In diesem Semester wird eine einzige Lehrveranstaltung angeboten, die indirekt mit der EU zu tun hat (Die Bedeutung der EU-Mitgliedschaft Österreichs für die österreichische Entwicklungspolitik). In einer empirischen Studie über AbsolventInnen der Politikwissenschaft im Jahr 1995 stand in bezug auf Weiterbildung nach dem Studium das Bedürfnis nach Kenntnissen über die EU an erster Stelle (vgl. ÖZP 1996/1, S. 71). Im Zuge der Studienplanreform bietet sich die Möglichkeit, die erwähnten Nachteile und Defizite des Politikwissenschaftstudiums zu beseitigen. So bleibt zu hoffen, daß diese Kritik Anlaß zu Diskussionen gibt und ein innovatives Konzept erstellt wird.

Helmut Lang
Politologe

Helmut Lang bietet in diesem Semester am ipw ein Tutorium zur „Berufsorientierung für StudienanfängerInnen“ an.

Studien- richtungs- vertretung

Veränderungen Im Zuge der Umsetzung des Universitäts-Studiengesetzes (UniStG) wird es für jede Studienrichtung an Österreichs Unis notwendig, einige Veränderungen im Betrieb vor- und hinzunehmen. Zu den in diesem Semester bereits eingeführten Neuerungen gehören unter anderem die Vorgaben, daß mündliche Prüfungen zwei Wochen vor ihrem Stattfinden angekündigt werden müssen, daß ein Protokoll zu einer solchen Prüfung verfaßt werden muß und daß die Prüfung überdies öffentlich abgehalten werden muß. Für die Studierenden sind dies mit Sicherheit positive Änderungen.

Studienplan Der Brocken, den viele freilich noch nicht in seiner Dimension abschätzen können, wartet noch auf seine Umsetzung: die Einführung eines neuen Studienplanes. Für sämtliche bisher kombinationspflichtigen Studienrichtungen kommen zum ohnehin schon mühsamen Prozeß des Erstellens (Anhörungsverfahren, Erstellen eines Qualifikationsprofils, Erstellen des Studienplans, Begutachtungsverfahren und mehr als die wichtigsten gesetzlich vorgeschriebenen Schritte in chronologischer Reihenfolge) noch die Realisierung eines plötzlich zum Einzelstudium gewordenen Lehrplans mit einer ohnehin schon in kombinationspflichtigen Zeiten dünnen Personaldecke und eine unter Umständen länger dauernde Umstellungsphase. In dieser

Situation erscheint als einzig richtiger Schritt, weniger auf die rasche Umstellung zu drängen, denn alle Schwierigkeiten und Probleme zu erkennen und zu lösen versuchen. Es ist durchaus erfreulich, daß das Institut für Politikwissenschaft danach agiert und sich nicht, wie die meisten anderen Institute und Studienrichtungen, unter Ausschluß der Öffentlichkeit auf formale Debatten einläßt. Nicht daß diese einmal geführt werden müssen, doch die Dringlichkeit, sich einmal ernsthaft mit der Frage „Was ist Politikwissenschaft?“ auseinanderzusetzen, war nie so groß wie jetzt. Natürlich gibt es von Seiten der Studierenden einige konkrete Forderungen an den neuen Studienplan: Knock-out-Prüfungen, wie sie bei der Psychologie bereits eingesetzt werden, werden prinzipiell abgelehnt. Die Pflichtfächer sind relativ klein in ihrem Umfang zu halten, um die Wahlmöglichkeiten ausdehnen zu können; im 2. bzw. 3. Studienabschnitt wären die etwa 6 Seminare aus mindestens 2 Studienfächern/-zweigen zu belegen usw.

Im Gespräch Worum es aber fürs erste geht, ist ein konstruktives Gesprächsklima außerhalb jeder Kommission. Wir unterstützen daher die Zielsetzung des Instituts, den Studienplan inhaltlich, in einzelnen Arbeitskreisen zu erarbeiten, und fordern alle Interessierten auf, dabei mitzuarbeiten.

Thomas König
Student der Politikwissenschaft

Ungeliebt, doch unverzichtbar: Politische Theorie

Von Eva Kreisky.

Das Arbeitsfeld „Politische Theorie und Ideengeschichte“ schneidet in Beliebtheitskalam im Vergleich zu anderen, vermeintlich praxisnäheren Arbeitsfeldern zumeist schlecht ab. Politische Theorie und Ideengeschichte erscheinen im Rahmen fakten- und beobachtungsorientierter Politikwissenschaft entbehrlich. Einer solchen Vordergründigkeit steht freilich eine simple Tatsache entgegen: Politikwissenschaftliche Arbeit – wie empirisch sie auch angelegt sein mag – vollzieht sich niemals untheoretisch. Immer sind Theorien in empirische Forschungen eingebettet, immer sind Begriffe und Konzepte im empirischen Spiel und häufig wird man für abzuhandelnde Fragestellungen in partikularen Theorien fündig. Dennoch aber bleiben – angesichts nur flüchtiger Kenntnisse – historische wie moderne politische Theorien konnotiert mit dem Vorwurf der Nutzlosigkeit und Umwegigkeit, mit

Das Arbeitsfeld Politische Theorie und Ideengeschichte schneidet in der Beliebtheitskala im Vergleich zu anderen, vermeintlich praxisnäheren Arbeitsfeldern, schlecht ab.

dem Verdacht der Behinderung bei der Bearbeitung jener Fragen, die von „wirklichem“ Interesse sind, mit der Konstruktion eines fiktiven Gegensatzes zur Praxis. **Das Historische**

Vor allem zwei Aspekte sind es, die den Zugang zur Ideengeschichte sowie zur politischen Theorie erschweren und damit ein fundamentales Verständnisproblem anzeigen: einmal „das Historische“ und dann „das Philosophische“ des Teilgebiets, vermeintlich Indikatoren für Überkommenheit, Realitätsferne und gar „Fremdgehen“ politikwissenschaftlicher Arbeit. Vielen Studierenden dünkt es, als ob die Geschichte politischer Ideen als Relikt frühen politikwissenschaftlichen Arbeitens im Kanon der Ausbildung verblieben sei und deshalb nur einen aus der Mode gekommenen Stolperstein auf dem Weg zum Studienabschluß darstellt. Entrümpelung des Studienplanes, Enttheoretisierung des Faches lautet dann die unbedarft formulierte Konsequenz. Damit würde sich Politikwissenschaft sowohl ihrer Historizität wie auch eines nicht unerheblichen kritisch-reflexiven Potentials entheben.

Moderne Theorien

Historische und moderne politische Theorien sind vielfältig miteinander verschränkt und in einem Spannungsdreieck zwischen normativen Zwecksetzungen, wissenschaftlichen Erklärungsansprüchen sowie empirischen Bezügen posi-

tioniert. „Die Theorie ist das Netz, das wir auswerfen, um die ‘Welt’ einzufangen“, meinte Karl Popper. So wie empirisches Arbeiten immer anschlussfähig an Theorie bleiben muß, hat auch Theorie ihre empirische Anschlussfähigkeit stets unter Beweis zu stellen.

Ideengeschichte bedarf grundlegender methodologischer Innovation: Soll aus ihr Gewinn gezogen werden, hat Geschichte politischen Denkens antiessential-

„Die Theorie ist das Netz, das wir auswerfen, um die ‘Welt’ einzufangen“
Karl Popper

stisch vorzugehen. Textarbeit wäre zudem als Kontextgeschichte zu betreiben. Politische Ideen sind vor dem Hintergrund ihrer Zeit zu deuten, im Hinblick auf die Geschichte sozialer, politischer und ökonomischer Konflikte, aber auch der intellektuellen und kulturellen Entwicklungen. Politikwissenschaftliche Ausbildung hat aber auch der mit dem 20. Jahrhundert einsetzenden paradigmatischen Wende hin zu „szientistischen“ und „empirischen“ politischen Theorien angemessen Rechnung zu tragen. Ideengeschichte wäre daher auch um zentrale Aspekte moderner Theoriegeschichte auszuweiten. Diese wäre auch mit der Entwicklung des Faches zu verknüpfen.

Mehr Verständigung

Der manchmal recht hohe Abstraktionsgrad politischer Theorien und ihre abgehobene sprachliche Ausformung stimulieren Abneigung in der politikwissenschaftlichen Zunft gegenüber „philosophischem“ Gestus. Affektive Theorieabwehr wurzelt aber oftmals bloß in Verständigungsbarrieren. Hilfestellung bei der Entschlüsselung von Texten ist daher angesagt. Dies könnte auch der neue Studienplan stärker bedenken. Techniken der Textanalyse eröffnen nämlich nicht nur Zugänge zu klassischen, modernen oder postmodernen Theoretikern, sie vermitteln darüber hinaus Arbeitstechniken, die durchaus auch praktischem Politikverständnis der Gegenwart weiterzuhelfen vermögen. Sprachgenauigkeit und Denkgenuauigkeit korrelieren zumeist recht stark.

Politikwissenschaft

kann ebensowenig wie andere moderne Sozialwissenschaften auf einen theoretischen Mittelpunkt verzichten. Politikwissenschaft ohne politische Ideengeschichte und ohne politische Theorie würde verflachen und an Aussagefähigkeit entscheidend einbüßen. Zwischen diesem Credo der Unverzichtbarkeit politischer Theorie und Ideengeschichte und der Vermittelbarkeit ihrer Notwendigkeit ist allerdings in der Ausbildung erst noch eine Brücke zu schlagen. Dies wird nur durch intensiviert und erneuerte Ausbildung für diesen Bereich möglich sein.

Eva Kreisky

Vorständin des ipw

Vergleichende Politikwissenschaft

Von Herbert Gottweis.

Während in den Jahrzehnten des Kalten Krieges etwa die politischen Systeme West-, Mittel- und Osteuropas, aber auch die Sowjetunion und China durch relative politische Stabilität gekennzeichnet waren, standen die letzten zehn Jahre im Zeichen von politischem Umbruch und politischer Transformation. Hier hat die Vergleichende Politikwissenschaft viel Aufarbeitung zu leisten.

Gleichzeitig ist heute in vielen Regionen eine Veränderung der Natur nationaler Politikgestaltung zu beobachten. War noch vor einigen Jahren etwa die Konzeptualisierung einer vergleichenden Untersuchung zur Umweltpolitik von zwei oder drei Staaten in Europa eine relativ unproblematische Angelegenheit, so drängt sich heute, insbesondere bei Arbeiten über Länder der EU, die supranationale Ebene der Politikgestaltung als eine zusätzliche, nicht mehr wegzudenkende, hochkomplexe Analyseebene auf. Tendenzen zur „Supranationalisierung“ der Politik lassen sich auch in anderen Regionen der Welt erkennen und müssen zum Teil als staatliche Antworten auf Prozesse der Globalisierung von Wirtschaft und Kultur verstanden werden. Damit werden die Grenzlinien zwischen der nationalen, interna-

tionalen und vergleichenden Politikforschung unscharf. Die Politikwissenschaft muß sich dieser Herausforderung stellen, sei es in der Forschung, bei der Gestaltung von Lehrveranstaltungen, aber auch hinsichtlich ihrer

Vergleichende Politikwissenschaft steht heute vor einer Reihe von Herausforderungen, die mit einer Transformation ihres Gegenstandes und mit Veränderungen des politikwissenschaftlichen Arbeitsmarktes zu tun haben.

Strategien der Berufsausbildung. Bei der derzeit ungünstigen Lage des akademischen Arbeitsmarktes wird es wohl nicht mehr ausreichen, das Studium der Politikwissenschaft absolviert zu haben. Sowohl in Österreich als auch im Ausland wird Kompetenz im Bereich der europäischen Politik ein Vorteil sein. Bei der Jobsuche erfolgreiche KandidatInnen sollten aber heute zum Beispiel ähnlich gut über die Eigenheiten des öster-

Bitte umblättern >

INFORMATION

Der derzeit gültige Studienplan ist in vier Teilbereiche gegliedert:

- ① **Theorie und Ideengeschichte**
- ② **Österreichisches politisches System**
- ③ **Vergleichende Politikwissenschaft**
- ④ **Internationale Politik**

reichischen politischen Systems wie über das komplexe Beziehungsgeflecht zwischen nationalen politischen Systemen und der EU Ebene Bescheid wissen. Einseitige Spezialisierung entlang der klassischen Subbereiche der Politikwissenschaft wäre in dieser Konstellation ein Nachteil.

Mit dem Ende des Kalten Krieges scheinen auch gewisse klassische Themen der Vergleichenden Politikwissenschaft an Relevanz zu verlieren. Dies steht damit in Zusammenhang, daß Parteien und Ideologien heute zunehmend nicht mehr als die entscheidenden Kräfte in der Politik empfunden werden. Weiters verstärkt sich ein gesellschaftliches Gefühl, daß wir in einer Phase des Umbruchs leben, was deutlich wird etwa in den spannenden sozialtheoretischen Reflexionen zu Themen wie Postmoderne oder „Zweite Moderne“.

Die Politikwissenschaft muß sich diesem Prozeß der Neubestimmung der großen Themen unserer Zeit stellen. Zwar wird sich die Vergleichende Politikwissenschaft auch in Zukunft mit ihren klassischen Lieblingsthemen auseinandersetzen, doch erwarte ich für die nächsten Jahre auch eine gewisse Verschiebung des politikwissenschaftlichen Interesses weg etwa von Fragen der Parteien-, Parlaments- und Ideologieforschung hin zu neuen, aber auch „angewandten“ Forschungs- und Lehrthemen, wie sie etwa in der vergleichenden Politikfeldforschung oder im Bereich der Verwaltungsreformforschung auftreten.

In den letzten Jahren zeigt sich zudem eine verstärkte Zuwendung der Politikwissenschaft zu Sprache und Kultur als hochrelevante, politikkonstituierende Forschungsgebiete.

Die verstärkte Auseinandersetzung mit neuen und „angewandten“ Themen, wird eine eingehende, komparative Befassung mit der institutionellen Politik keineswegs ersetzen, sehr wohl aber maßgeblich ergänzen.

Wichtig ist in diesem Prozeß der Veränderung, daß die Politikwissenschaft trotz vermutlich verstärkter Praxisorientierung auch in Zukunft eine klar theoriefundierte Disziplin bleibt. Dabei gilt es aber mehr als bisher, Theorien- und Methodenpluralismus zu verwirklichen. Für die Vergleichende Politikwissenschaft bedeuten diese Überlegungen, daß sie den sie konstituierenden Machtbegriff, aber auch ihren Theorien- und Methodenkanon neu reflektieren muß. Die verstärkte Auseinandersetzung mit neuen und „angewandten“ Themen, handle es sich nun um die sowohl politisch-praktisch wie auch sozialtheoretisch wichtige Frage der Regulierung und Politik des Internets in Europa oder um den Vergleich der AIDS-Politik in verschiedenen Ländern, wird eine eingehende, komparative Befassung mit der institutionellen Politik keineswegs ersetzen, sehr wohl aber maßgeblich ergänzen. Diese könnte helfen, die Politikwissenschaft als eine zu den wichtigen Fragen ihrer Zeit beitragende Disziplin zu verankern.

Herbert Gottweis
Politologe,

Univ. Prof. an der Uni Salzburg

Im Zeichen der Globalisierung?

Die Bedeutung Internationaler Politik für das Verständnis aktueller Entwicklungen.

Von Otmar Höll.

Internationale Politik (IP) ist eine der vier großen Teildisziplinen der Politikwissenschaft. Von den anderen unterscheidet sich IP durch die hohe Komplexität ihres Gegenstandsbereichs und dadurch, daß für Analyse und Forschung eine Vielzahl von theoretischen Ansätzen existierten. Diese sind über einen langen Zeitraum hinweg kontrovers geblieben und es kann nicht erwartet werden, daß sich eine einhellige Auffassung in absehbarer Zeit durchsetzen wird. Es gibt eine ganze Reihe von „Schulen“ der Disziplin, die sich u.a. durch weltanschauliche Grundannahmen, durch eine differenzierte Definition des Gegenstandsbereichs, einen unterschiedlichen ideengeschichtlichen und methodischen Zugang und durch eine andere Schwerpunktsetzung in der Analyse und Forschung voneinander unterscheiden. Inhaltlich beschäftigt sich die Disziplin mit den wichtigsten Akteuren, Strukturen, Ereignissen und Veränderungen im internationalen System, also einer breiten Palette der globalen Realität, wie Fragen der Sicherheitspolitik, die Beziehungen von Staaten zueinander, den je unterschiedlichen Außenpolitiken von Staaten, die internationale Umweltpolitik bis hin zu den Fragen der Armut in der Dritten Welt. Seit rund einer Dekade haben sich die Rahmenbedingungen internationaler Politik dramatisch verändert. Nahezu alle politischen Eckdaten sind überholt, aus dem bi-polaren System der Nachkriegszeit, das wir als die Periode

des Kalten Krieges bezeichnet haben, bildet sich ein System mit einer ganzen Reihe mehr oder weniger stabiler Pole heraus. Der Zusammenbruch der kommunistischen Regime in Osteuropa markiert nur den Höhepunkt eines längerfristigen und sich beschleunigenden Prozesses der Internationalisierung und Globalisierung. Diese umfassen insbesondere die nationalen Wirtschaften, aber auch weit weniger beachtete Faktoren wie Ökologie, Medien, Kultur und Rechtssysteme. Die über Jahrhunderte gedachte und angestrebte Souveränität und Unabhängigkeit von „nationalen Staaten“ gegenüber anderen ist längst zu einem Anachronismus geworden, die Sphären der Innen- und Außenpolitik verschwimmen immer mehr, und „komplexe Interdependenz“ von Staaten ist zum Normalfall geworden. Wenn auch in sehr unterschiedlichem Ausmaß, Staaten und Gesellschaften sind immer mehr wechselseitig in Abhängigkeit voneinander geraten. In dieser Hinsicht sind innenpolitische Veränderungen nur noch vor dem Hintergrund der Veränderungen im internationalen System sinnvoll erklärbar. Nicht zuletzt sind und bleiben die zentralen Fragen der Disziplin jene nach Krieg und Frieden, Konflikt und Kooperation sowie Macht und Herrschaft. Eine Annäherung an den Gegenstandsbereich Internationale Politik im Rahmen des politikwissenschaftlichen Studiums scheint mir insbesondere deshalb für StudentInnen von besonderer Bedeu-

tung, weil die rasanten Entwicklungen im internationalen Umfeld die Lebensbedingungen einzelner Menschen, Gruppen und auch Staaten in Zukunft noch stärker betreffen werden als in der Vergangenheit. Diese Sichtweise beginnt sich in Österreich in einer breiten Öffentlichkeit erst langsam durchzusetzen. Globale, d.h. über Grenzen hinweg wirksame Ereignisse und Probleme beeinflussen aber bereits in der Gegenwart unseren Alltag und noch viel mehr unsere gegenwärtigen und zukünftigen Handlungschancen als Individuen und als (globale) Gesellschaft. Dies trifft v. a. auf die Bereiche Wirtschaft, Technik und Sicherheit zu. Überall sind wir mit globalen Problemen konfrontiert. Politisch adäquate Problemlösungskapazität wird in Zukunft weitgehend vom Verständnis für die Dynamik internationaler Zusammenhänge und von adäquaten Reaktionen darauf bestimmt werden. Im Rahmen der Lehrveranstaltungen des Instituts soll nicht nur das theoretische Verständnis geschärft und damit das Verständnis für historische und aktuelle Entwicklungen und Zusammenhänge ausgebildet werden, sondern es sollen auch historisches und empirisches Wissen über die Strukturgegebenheiten und Positionen im Bereich der IP vermittelt werden.

Otmar Höll

Gastprofessor am ipw, Direktor des Österr. Instituts für Internat. Politik

Methoden in der Politikwissenschaft

Eine Skizze möglicher Entwicklungen. Von Christian Haerpfer.

Ein zentrales Postulat der zukünftigen Methodenausbildung im Rahmen der Politikwissenschaft besteht – meines Erachtens – in der Forderung nach einer systematischen Verbindung der Methodenausbildung mit politikwissenschaftlicher Forschung. Die Methodenausbildung sollte in Zukunft soweit wie möglich mit Projekten unterschiedlicher Komplexität und verschiedener Schwierigkeitsstufen verbunden werden. Erst die Teilhabe an sehr einfachen und im Studienverlauf komplexer werdenden Forschungsprozessen ermöglicht die praxisnahe Beschäftigung mit qualitativen und quantitativen Methoden, manchmal sogar innerhalb eines einzigen Projektes. Die forschungsferne und projektungebundene Ausbildung in Methodik für PolitikwissenschaftlerInnen birgt die Gefahr in sich, daß die Aufmerksamkeit und die Motivation der Studierenden bei der Aneignung von Methoden zu wünschen übrig lassen. Das Erlernen

Die besondere politische und geografische Lage Österreichs bedeutet für die österreichische Politikwissenschaft eine Herausforderung.

von Methoden im „Trockendock“ ist für die StudentInnen fallweise leichter, weil ein wenig aktiver Umgang mit Methoden erforderlich ist, aber die Nützlichkeit und Nachhaltigkeit dieser Ausrichtung der Methodenausbildung für die spätere Berufstätigkeit oder Forschungstätigkeit ist fraglich. Analog zu den Entwicklungen beim „Tele-Learning“ könnte man sich in Zukunft bei der Methodenausbildung eine Kombination von Übungen am Institut und im Computerlabor einerseits, aber auch eine Verknüpfung mit interaktiven Lernprogrammen auf CD-ROM oder Diskette andererseits vorstellen, die zuhause am StudentInnen-PC eingesetzt werden könnten. Eine derartige didaktische Kombination könnte das Problem der großen Zahl, welches am Institut für Politikwissenschaft für die Möglichkeit einer intensiven Methodenausbildung eine gewisse Engstelle darstellt, etwas abschwächen. Es gibt in zunehmendem Maße PC-Software nicht nur für quantitative Methoden, sondern auch für qualitative Methoden, deren Potential in der Methodenausbildung verstärkt genutzt werden sollte.

Ein zentrales Element der zukünftigen Methodenausbildung sollte meines Erachtens ein möglichst weitreichender Einsatz der Methode des **Vergleichs**

darstellen. Dabei kann es sich beispielsweise um Vergleiche zwischen Staaten, politischen Systemen, Gesellschaften, Regionen oder Städten, Parteien, Verbänden, sozialen Bewegungen oder dem Verhalten und den Einstellungsmustern von BürgerInnen handeln. Die beiden wichtigsten, in der Methodenausbildung zu erlernenden Dimensionen der vergleichenden Methode sind der Vergleich entlang der Zeitachse und über geografische Räume. Erst der systematische und „methodisch abgesicherte“ Vergleich gibt Aufschlüsse über Relevanz und die relative Größenordnung eines politikwissenschaftlichen Phänomens. **Ein Schwerpunkt** des politikwissenschaftlichen Methodenkanons sollte in der vergleichenden Analyse der Europäischen Staaten zwischen Irland und der Russischen Föderation bestehen. Die Entwicklungen innerhalb der Europäischen Union einerseits und in den postkommunistischen Staaten Zentral- und Osteuropas andererseits stellen ein spannendes politikwissenschaftliches Laboratorium dar, innerhalb dessen man ein adäquates Instrumentarium einsetzen sollte. Das Erlernen dieses Instrumentariums zur Analyse der politischen Konvergenzen und Divergenzen, der politischen Homogenität oder Heterogenitäten innerhalb des sich her-

ausbildenden „Neuen Europas“ stellt ein wichtiges Ziel einer zukünftigen Methodenausbildung im Rahmen des Studiums der Politikwissenschaft dar. Diese Fokussierung auf Europa bedeutet keine Vernachlässigung anderer Erdteile, die besondere politische und geografische Lage Österreichs bedeutet für die österreichische Politikwissenschaft jedoch eine Herausforderung in Form einer politikwissenschaftlichen „Nische“, den spannenden und theoretisch herausfordernden Prozeß der politischen und gesellschaftlichen Transformationen im „Neuen Europa“ mit den geeigneten Forschungsmethoden zu analysieren. **Die Forschungsansätze** mit hohem Innovationspotential bestechen in letzter Zeit vor allem durch die gleichzeitige und weitgehend gleichwertige Verwendung sowohl von qualitativen als auch von quantitativen Methoden innerhalb eines spezifischen Forschungsprozesses. Während die Methodenausbildung bis dato davon ausgeht, daß politikwissenschaftliche Forschungsvorhaben entweder weitgehend mit qualitativer Methodik das Auslangen finden oder ausschließlich mit quantitativen Methoden durchgeführt werden können, zeigt sich in weiten Bereichen der Politikwissenschaft, der politischen Soziologie oder der Wirtschaftssoziologie, vor allem auf der Ebene des Individuums die Notwendigkeit eines „Methodenmixes“ innerhalb einer Studie. Dies zeigt sich vor allem bei der neuartigen Methode der „Fokus-Gruppen“, die als Forschungsinstrumentarium eine bedeutende Rolle bei den Wahlsiegen von Bill Clinton und Tony Blair gespielt haben, aber auch bei sozialwissenschaftlichen „Delphi-Studien“, und auch in der Verknüpfung von standardisierten persönlichen Interviews mit

Tiefeninterviews mit Haushalten in der politikwissenschaftlichen Transformationsforschung. **Auf der Ebene** der BürgerInnen, ihrer Einstellungsmuster und ihren Formen politischen Verhaltens erscheint es in Zukunft als besonders verlockend, die Methode der systematischen Analyse von international-vergleichenden akademischen Umfrage-Studien im Rahmen des Studiums der Politikwissenschaft zu vermitteln. Es gibt in zunehmendem Maße komparative Datensätze zwischen zehn Ländern (Neues Demokratien-Barometer in 10 postkommunistischen Staaten), 15 Ländern (Eurobarometer der Europäischen Union in den 15 EU-Mitgliedsstaaten), International Social Survey Programme (=ISSP) in über 20 Staaten oder Weltwertestudie 1990 in 43 Staaten. Diese „Goldminen“ quantitativer politikwissenschaftlicher Forschung sind weitgehend unerforscht und unbearbeitet und stellen eine weitere Nische der Methodenausbildung und zugleich der politikwissenschaftlichen Forschung dar. Man kann sich als langfristiges Ziel der Methodenausbildung am Institut für Politikwissenschaft vorstellen, eine EDV-gestützte Infrastruktur von international-vergleichenden politikwissenschaftlich-akademischen Umfragestudien aufzubauen. Eine derartige Infrastruktur stünde dann zum einem der quantitativen Methodenausbildung und zum anderen der empirisch-vergleichenden politikwissenschaftlichen Forschung am Institut für Politikwissenschaft zur Verfügung. Im Kontext des für 1999 bevorstehenden Fünften Forschungsrahmenprogrammes der Europäischen Kommission ist die europaweite Förderung von sozialwissenschaftlicher Infrastruktur und damit auch von politikwissenschaftlicher Forschungs- und Lehrinfrastruktur

Als langfristiges Ziel der Methodenausbildung am Institut für Politikwissenschaft könnte man eine EDV-gestützte Infrastruktur von international-vergleichenden politikwissenschaftlich-akademischen Umfragestudien aufbauen.

vorgesehen, so daß es möglich wäre, beim Vorliegen überzeugender methodischer und infrastruktureller Konzepte, EU-Gelder für das Institut für Politikwissenschaft zu mobilisieren. **Mit Maßnahmen** in dieser Richtung könnten zwei Fliegen auf einen Streich erlegt werden: Einerseits würde die Methodenausbildung forschungsnäher und projektbezogener, zweitens würden die Voraussetzungen für fortgeschrittene studentische Forschung und für Forschung der Institutsmitglieder stark verbessert werden. Für den Fall zu erwartender zukünftiger Evaluationen der sozialwissenschaftlichen Studienrichtungen in Österreich im allgemeinen und der politikwissenschaftlichen Institute im besonderen könnte damit das Forschungspotential und in dessen Gefolge die reale Forschungs- und Publikations-tätigkeit auf einen stabilen Rahmen aufgesetzt werden.

Christian Haerpfer

Lektor am ipw,
wiss. Leiter des Instituts für
Trendanalysen und Krisenforschung
und der Paul-Lazarsfeld-Gesellschaft
für Sozialforschung (beide Wien)

Wien-Berlin und wieder zurück

Erfahrungen aus einem Semester am Otto-Suhr-Institut in Berlin. Von Claudia Saller.

Die Imbißbude in der Ihnestraße stellt nicht nur den einzigen kulinarischen Höhepunkt in einem weiten Umkreis des Otto-Suhr-Instituts (OSI) dar, sie dient auch als höchst kommunikativer Sammelpunkt für StudentInnen in den Zeiten vor, nach oder während der Lehrveranstaltungen (oder Kursen, wie es hier heißt). Ein anderer Treffpunkt ist das Café Exil, einer der ungefähr fünf Räume des Instituts, der den StudentInnen zur Eigennutzung zur Verfügung steht. Der Name "Exil" deutet auf das ursprüngliche Institutscafé, „die Geschwulst“ hin, das sich einst in den von Studierenden besetzten Kellerräumen des OSI befand und als Ausgangspunkt von diversen Protestaktionen bekannt und berüchtigt war (was wohl auch zum „linken Flair“ des OSI beitrug). Als dieser Ort „linker Zusammenrottung“ von den konservativen Kräften der Freien Universität Berlin nicht mehr länger geduldet wurde, wurde das Café geräumt und die Eingangstüre zubetoniert. So mußte „Die Geschwulst“ ins „Exil“ gehen, was dem studentischen Engagement leider ziemlich abträglich war. Für studentische Nutzung steht im OSI sogar ein eigener Frauenraum zur Verfügung. Dort findet wöchentlich, jeden Dienstag ab zwölf, ein sehr gemütliches Frauenfrühstück statt: Ein offenes Forum von und für Studentinnen, die gemeinsam Kaffee (kein Druckfehler!) trinken, tratschen, Texte lesen und die

frauen- und universitätspolitischen Neuigkeiten besprechen. Derer gibt es zur Zeit genug: Der Fachbereich „Politische Wissenschaft“ befindet sich in Umstrukturierung. Die Anzahl der Professuren soll drastisch gesenkt werden; es ist unklar, wie lange sich die Teilzeitprofessur für feministische Theorie (die übrigens durch

Was machst denn du hier in Berlin? Wien ist doch so toll, dort sitzen doch die ganzen Feministinnen.

den Verzicht zweier Professoren auf einen Teil ihres Gehalts finanziert wird!) noch erhalten lassen wird.

Gender studies Gleichzeitig gibt es aber auch Bestrebungen, den Bereich Geschlechterforschung als expliziten und fixen Bestandteil des Studienplans zu integrieren. Man(n) will ja der Humboldt-Uni um nichts nachstehen: Dort wird bereits ein eigener Studiengang "gender studies" angeboten, der allerdings interdisziplinär kulturwissenschaftlich und nicht politikwissenschaftlich orientiert ist. Die Berliner Universitäten sehen sich mit massiven Einsparungszwängen konfrontiert: Die geringe Wertschätzung eines guten und vielfältigen Bildungssystems drückt sich in den Sparmaßnahmen der deutschen Regierung ebenso deutlich aus wie in Österreich und nimmt nicht weni-

ger haarsträubende Ausmaße an: So ist etwa geplant, die gesamte Bibliothek der FU aufzulösen und den Bestand auf die einzelnen Fachbereiche aufzuteilen. Wie das platzmäßig und organisatorisch funktionieren soll, weiß niemand so genau. Wodurch sich das Studieren an der FU vom Studieren in Wien vor allem unterscheidet, ist die kommunikative und freundliche Atmosphäre auf allen Ebenen der Uni: In Bibliotheken und Sekretariaten etwa findet sich ausnehmend hilfsbereites Personal. Die DozentInnen (mit denen ich zu tun hatte) nehmen sich Zeit für Fragen und Probleme und sind durchaus offen für Kritik. Das Verhältnis zwischen DozentInnen und StudentInnen kommt eher einem freundlichen Miteinander als einem respektvoll-distanzierten Gegenüber gleich, obwohl es hier wie da Ausnahmen gibt.

Du kommst aus Wien? Was machst du denn dann hier in Berlin? Wien ist doch so toll, dort sitzen doch die ganzen Feministinnen, Kreisky und so." Mit offenen Mündern wurde ich von einigen Studentinnen bestaunt, nachdem sich die Herkunft meines Dialekts geklärt hatte. Tatsächlich aber wird mir in Berlin einmal mehr bewußt, daß wir in Wien ziemlich privilegiert sind, was die lebendige feministische Forschung und Lehre betrifft.

Claudia Saller

Studentin der Politikwissenschaft

Was Ihr **Paradies** nennt, nennen wir **Heimat**.

Bericht über eine Südsee-Exkursion. Von Sebastian von Münchow.

Im Anschluß an eine Vorlesung über den politischen und kulturellen Wandel im Pazifik wurde eine Exkursion organisiert, die zu mehreren Inselstaaten führte. Die Delegation bestand aus StudentInnen, DiplomandInnen, DoktoratsstudentInnen sowie Lektoren der Fachrichtungen Politologie, Ethnologie und Jus der Unis Wien u. Konstanz.

Hawaii Wer seitens der MitfahrerInnen auf Strand, Palmen und Meer hoffte, sollte bereits auf Oahu enttäuscht werden. Auf dem Programm stand eine Woche Kurs am East-West-Center der University of Honolulu. Die Forschung des in den 70er Jahren gegründeten Centers widmet sich dem Pazifik. Nach Einführungen über den "7. Kontinent" war es für uns interessant, die Entwicklungen des erwachten hawaiianischen Bewußtseins zu verfolgen. Zwar wird der Prozeß indigener HawaiianerInnen hinsichtlich der Rückgabe von Land Jahre in Anspruch nehmen, doch läßt sich eine Abkehr vom amerikanischen Einfluß dergestalt erkennen, daß die Klassen, in denen auf hawaiianisch gelehrt wird, inzwischen überlaufen sind.

Western Samoa Samoa gelang als erstem Staat der Schritt in die Unabhängigkeit. Die malerische Insel läßt durch fehlenden Massentourismus denjenigen zum paradiesischen Müßiggang ein, der kein Programm wie Besuch der Universität oder UNDP zu bewältigen hat. Ein drängendes Problem Samoas stellt sich in der Überfi-

schung eigener Fischereizonen durch chinesische und koreanische Flotten. Australien und die USA helfen zwar bei der Überwachung, erwarten aber Zugeständnisse bei ihren Fangquoten. Die erkämpften Privilegien des Seerechts werden damit zur Hülse.

American Samoa Wer den Flug zur Nachbarinsel überlebt, wird dort feststellen, daß der Berg "Rainmaker" seinem Namen alle Ehre macht. Auf dieser den USA unterstehenden Insel war Höhepunkt eine Gesprächsrunde mit dem ehemaligen Vorsitzenden der South Pacific Commission High Chief Tuiasosopo. Wir lernten über die ungewisse Zukunft dieses Samoas, das Schicksal als Tor nach Amerika zu dienen und die für die Bevölkerung erdrückende Einwanderung von KoreanerInnen. Es ist dem Grundstücksrecht zu verdanken, daß die SamoanerInnen nicht verdrängt wurden.

New Zealand Auckland empfing mit Temperaturen um den Gefrierpunkt und diente so als Erfrischung nach den samoanischen Verhältnissen. Die Nordinsel besticht durch ihre Naturschönheiten wie Höhlen oder Geysire. Die Maori-Bewegung ist die aktivste in Ozeanien. Heuer wurden sogar per Urteil Privilegien hinsichtlich alter Fischereirechte erstritten.

Fidschi Nach einer Woche mit bis zu sechs Vorlesungen pro Tag an der University of South Pacific, folgte der Höhepunkt der Reise: drei Tage Aufenthalt in einem Dorf, wobei jede(r) TeilnehmerIn einer

Familie zugeteilt wurde. Die Erfahrungen waren dabei völlig unterschiedlich und sind in den einschlägigen Kaffeehäusern zu erfragen. Der Verfasser wohnte mit einer 6-köpfigen Familie in einer einräumigen Wellblechhütte. Die Atmosphäre und Herzlichkeit bleiben unvergeßlich. Ebenso der Regen, der zur Abschiedszeremonie verschwand. **Tahiti** Auch in Französisch Polynesien erfüllten sich keine Reiseplakatträume. Es engagierten sich Mitarbeiter des Hochkommissariats, um unseren Aufenthalt informativ zu gestalten. Interessanterweise ließ sich den Diplomaten nach Beendigung des offiziellen Teils entlocken, daß die 1995 durchgeführten Atomtests als sehr zweifelhaft galten und Frankreich um Rückgewinnung seines Rufes in der Region und der Welt ringen muß. Mit Auslaufen der von Paris gezahlten sog. „Atomrente“ stellt sich zudem die Frage eines zukünftigen wirtschaftlichen Überlebens. **Fazit** Polynesier und Melanesier lieben ihre Heimat, was sie mit dem oben gewählten Titel zum Ausdruck bringen, doch kämpft das Paradies mit den Folgen des Kolonialismus, der Überfremdung durch asiatische Einwanderer sowie der Ressourcenausnutzung westlicher oder asiatischer Konzerne. Ein Rückdrehen der Zeit vor Captain Cooks Landungen ist unmöglich. Das neue Bewußtsein stellt jedoch ein nicht zu unterschätzendes moralisches Gewicht zu den heutigen Herausforderungen dar.

Sebastian von Münchow

Dissertant am ipw

School of Oriental and African Studies

"SOAS (School of Oriental and African Studies) was my obvious choice. Having lived in Africa, South Asia and Europe, I felt SOAS would offer the expertise and specialist knowledge of regions in the world. The cultural and age diversity of the students at SOAS was another deciding factor. This I have since found contributes towards lively debate and fosters understanding and tolerance towards differing opinions ..."

(Studentin, zitiert im opulentem „Undergraduate Prospectus 1997“ der Schule).

Dieser Bericht einer Politics-Studentin ist nur einer von vielen (Positiv-)Darstellungen im Studienführer der Schule für Studien im Bereich Afrika, Nahost sowie weiten Teilen Asiens, der – für die Größe der Schule (insgesamt 3100 Studierende im Studienjahr 1995/96) – unheimlich teuer und exquisit ausgefallen ist. Zum anderen ist der Prospekt Spiegelbild des anglophonen professionell-akademischen Ethos und des Stellenwertes sowie des Prestiges höherer Bildung.

Selbstdarstellung

Wie viele andere Universitäten im anglo-amerikanischen Bereich sieht sich die SOAS gezwungen, intensiv für die Schule zu werben. Der Grund dafür liegt in der Natur des anglo-amerikanischen akade-

Von Albert Kraller

mischen Apparats. Wesentlich schärfere Konkurrenz ist eines seiner Merkmale. Schließlich wird der Erfolg der Institution Universität vor allem nach wirtschaftlichen Kriterien gemessen. So war der derzeitige Direktor der SOAS Chef John Majors in dessen Jahren als „Banker“. Kostenminimierung und Profitmaximierung mittels externer Kursprogramme sowie optimale Nutzung der Räumlichkeiten sind daher von hoher Priorität. Eine andere ist es, das Renommee der Schule in der Öffentlichkeit zu festigen und „präsent“ zu sein. Andererseits sehen besonders zahlende Postgraduate-Studierende ihr Verhältnis zur Schule verstärkt als ein Vertragsverhältnis im kapitalistischen Sinn: der/die Studierende als Käufer/in von Dienstleistungen. Eine Folge dieser Entwicklung ist der Anstieg von Prozessen gegen Universitäten (gab es auch schon in der SOAS) wegen Nichteinhaltung von vertraglichen Pflichten (Qualität des Unterrichts ...).

Hinter der Fassade

Was aber versteckt sich wirklich hinter der Fassade des Renommees, abseits von Glanz und Glorie sowie Selbstdarstellungen, deren Aussagekraft gegen Null geht? Als Erasmusstudent (über einen Platz meines Zweitfaches Afrikanistik) war ich von September 1996 bis Juni 1997 selbst Student der SOAS. Ich

müßte also inzwischen eine Meinung haben oder zumindest einen Standpunkt. Ironischerweise ist das nicht der Fall. Jedenfalls nicht in einem definitiven Sinn. Zu verschieden ist der britische akademische Betrieb vom österreichischen und zu verschieden ist das Studiensystem, um einen direkten Vergleich und eine Bewertung anhand der Unterschiede festzumachen.

Unterschiede

Es beginnt damit, daß die Bezeichnung „School“ nicht ganz unge-rechtfertigt ist - jedenfalls für „undergraduate studies“. Das bedeutet Anwesenheitspflicht, mehrere Essays (mit meist vorgegebenen Essaythemen), formelle und zentral kontrollierte Prüfungen und allgemein gute Betreuung durch die Lehrveranstaltungsleiter/innen. Aber das heißt auch, daß selbständiges Arbeiten nur begrenzt möglich ist (insofern man/frau etwa Essaytitel selbst wählen kann). Das hat seine Vorteile: Indem StudentInnen gezwungen werden, sich ein profundes Basiswissen für das jeweilige Fach zu erwerben (durch extensives Literaturstudium), werden Fälle verhindert, wo nach Konsum von ein paar allgemeinen Büchern ein definitives und „originelles“ Urteil, eine Reinterpretation verkündet wird. Andererseits führt der extreme Zeitdruck dazu, daß Essays in kürzester Zeit abgehandelt werden, zumal sie für die Endnote von marginaler Bedeutung sind.

Vieles, das ich daher über hiesiges Studieren sagen könnte, liegt in der Natur des Systems und in den haushohen Unterschieden, die einen direkten Vergleich (der doch so naheliegt) mit Österreich verbieten.

Was bietet die SOAS inhaltlich?

Seit ihrer Gründung 1916 als Serviceinstitution für britisches Kolonialpersonal hat die Schule eine bemerkenswerte Expansion in sowohl thematischer Hinsicht als auch in ihrer regionalen Schwerpunktsetzung erfahren.

14 Departments und zwei „Centres“ bieten 29 Studienrichtungen für „Undergraduates“ (d.h. Abschluß mit einem Bachelor) und nahezu 50 verschiedene Studienrichtungen auf einem Postgraduate-Level (d.h. Taught Master Courses, die gewöhnlich ein Jahr dauern). Zudem gibt es die Möglichkeit von „Research Degrees“ (PhD). Die meisten der angebotenen Studienrichtungen sind regional spezialisiert bzw. sehen eine regionale Spezialisierung innerhalb der Studienrichtung vor (z.B. „African Pathway“ des History Departments).

Weitere Angebote

Fünf der 14 Departments unterrichten Sprachen sowie Lehrveranstaltungen i.S. von Cultural Studies in fünf Subregionen Afrikas und Asiens. Der Rest der Departments teilt sich auf Sozialwissenschaften (wie Sozialanthropologie, Politikwissenschaft, Volkswirtschaft ...) und Geisteswissenschaften (Kunstgeschichte ...) auf. Zudem gibt es eine Reihe von interdisziplinären Studienrichtungen (African Studies, Development Studies, MA in Area Studies usw.). Das Angebot erscheint unglaublich groß. De facto aber spiegelt sich die Breite der Disziplinen nicht im

Studieren im anglophonen Bereich ist viel stärker mit Literatur- und Selbststudium verbunden. Vorlesungen sollen demnach nur ein Leitfaden für die Studierenden sein bzw. Möglichkeit zur Diskussion bieten.

Lehrveranstaltungsangebot wieder. Dahinter steht die Idee, daß das Lehrveranstaltungsangebot ein breites Grundwissen in den Subdisziplinen des jeweiligen Fachs fördern soll. Spezialvorlesungen und Seminare im österreichischen Sinn gibt es nicht. Das ist auch ein Resultat der im Vergleich zum deutschsprachigen System unterschiedlichen Schwerpunktsetzung in der Organisation des Studiums. Während in Österreich (solange genügend Mittel vorhanden waren) der Vorlesungsbereich stetig expandierte, ist Studieren im anglophonen Bereich viel stärker mit Literatur- (und Selbst)studium verbunden. Vorlesungen sollen demnach nur ein Leitfaden für die Studierenden sein bzw. Möglichkeit zur Diskussion bieten.

Die Studierenden

Die Zusammensetzung der StudentInnen selbst ist – zugegebenermaßen – international. Doch das heißt nicht automatisch Toleranz. Ethnizität spielt eine nicht unbedeutende Rolle (hard-core Tribalisten sind nicht so selten) wie auch Religion. So gab es (in der Vergangenheit) immer wieder Konflikte zwischen jüdischen und arabischen Studierenden oder

auch zwischen der Schule und islamischen Studierendengruppen. Als Erasmusstudent war ich einigermaßen privilegiert, weil ich mehr oder weniger freie Wahl in bezug auf Lehrveranstaltungen verschiedenster Departments hatte. Andererseits hatte ich schon im vorhinein eine sehr definitive Vorstellung von dem, was ich machen wollte.

Kosten

Wer nicht über Erasmus auf die SOAS kommt (so weit ich weiß, gibt es in Österreich nur zwei Plätze über die Afrikanistik), kann als 'occasional student' kommen (undergraduate) und muß zahlen. Ebenso zahlen muß man/frau für eine Postgraduate-Ausbildung (für PhD, das mindestens drei Jahre dauert, ist ein Sponsor/Forschungsstipendium eine *conditio sine qua non*). Gratis (für EU-BürgerInnen) ist ein volles undergraduate Studium (drei Jahre als single subject oder vier Jahre als joint subject degree). Die „Local Education Authority“, d.h. der Local Council, kommt für die Kosten auf.

Albert Kraler

Student der Politikwissenschaft

Information

über Studiengebühren, Aufnahmeverfahren, Studienangebot etc. im Internet unter <http://www.soas.ac.uk> oder direkt an der SOAS (School of Oriental and African Studies) University of London, Thornhaugh Street, Russel Square, London WC1H 0XG

UFO IN NOT! In der letzten Ausgabe von Politix ging es um 100 Jahre Frauen an der Universität. Euphorisch wurden die bisherigen Errungenschaften von Frauen an der Uni beschrieben. Leider machen sich auch wieder Rückschritte bemerkbar. So steht das schwer erkämpfte Frauenprojekt „UFO“ (Uni Frauen Ort) an der Uni Wien seit dem Wiedereinzug der Aktionsgemeinschaft in den Zentralausschuß (ZA) auf dem Spiel. Das UFO, ein von Frauen für Frauen und deren Projekte eingerichteter Raum, soll in Zukunft nicht mehr ausschließlich für Frauen zugänglich sein, sondern ebenfalls für Veranstaltungen, die der neue ZA beschließt, das heißt auch für Männer geöffnet werden. Diese Bedingungen sind das Ergebnis der letzten, am 28.11. vom ZA äußerst einseitig geführten Verhandlung mit VertreterInnen beider Parteien. Bisher wurde verabsäumt, diesen Raum ausschließlich für Frauen vertragsrechtlich zu fixieren. Somit blieb das Projekt immer auf das Gutdünken des ZA angewiesen. Dieser besitzt als Hauptmieter die Legitimation, die Nutzung der Räume zu bestimmen. Wie so oft erweist sich wieder einmal, daß Anliegen von Frauen noch immer allzu leicht übergangen werden können und dadurch ein weiteres Frauenprojekt im Sterben liegt.

GASTPROFESSUREN im Sommersemester '98: Mit Wolf-Dieter Narr und Michael Heinrich kommen im nächsten Semester zwei Lehrende der Freien Uni Berlin an das Wiener Politikwissenschafts-Institut. Beide widmen sich dem Bereich der politischen Theorie: Wolf-Dieter Narr machte sich mit seinen Analysen zu Globalisierung der Ökonomie und Auswirkungen auf Demokratie und Rechtsstaatlichkeit einen Namen (publizierte zuletzt gemeinsam mit A. Schubert: Weltökonomie. Die Misere der Politik, Frankfurt a.M. 1994). Michael Heinrich, er ist Politologe und Mathematiker, sieht seinen Schwerpunkt im Bereich der politischen Ökonomie und Staatslehre. Er wurde vor allem durch Veröffentlichungen zu marxistischer Theorie bekannt und fungiert seit 1994 als Herausgeber von „Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft“.

Get out

Studieren im Ausland

„Ein Auslandsstudien- oder Forschungsaufenthalt ist keine 'verlorene' Zeit. Ohne Auslandserfahrung wird man weder in Europa, noch in Österreich gute Berufschancen vorfinden. Das Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr unterstützt massiv die internationale Mobilität durch Information und durch die Bereitstellung beachtlicher Finanzmittel. Machen Sie von den Angeboten Gebrauch“, meint Wissenschaftsminister Caspar Einem in der Einleitung zu den Stipendienbroschüren für das Studienjahr 1998/1999.

Stipendien Viele Studien- und Forschungsaufenthalte, die im Rahmen eines Studiums oder im Anschluß daran an einer Universität oder Hochschule im Ausland absolviert werden, können durch Stipendienaktionen des Bundesministeriums für Wissenschaft und Verkehr (BMWV) oder andere stipendienvergebende Stellen gefördert werden, wobei die Leistungen von der jeweiligen Stipendienaktion abhängen. In allen Fällen ist zu begründen, wie der Aufenthalt inhaltlich mit dem Studium und mit der Wahl der Institution bzw. dem Studienort im Ausland zusammenhängt und wie die im Ausland erbrachten Studienleistungen an der Heimatuniversität bzw. hochschule angerechnet werden können. Da Auslandsaufenthalte langfristig geplant werden sollten, damit sie sich sinnvoll in den Studienverlauf einfügen, sollte man sich bereits zu Studienbeginn bzw. im ersten Studienabschnitt überblicksweise informieren. Die frühzeitige Planung ermöglicht auch die rechtzeitige Aneignung von notwendigen Fremdsprachenkenntnissen bzw. die Einhaltung von Bewerbungsfristen

Voraussetzungen Als formale Bewerbungsvoraussetzungen für die meisten Stipendienaktionen gelten:

- die erfolgreiche Absolvierung (Studienerfolg!) von mindestens vier Semestern an einer österreichischen Universität, Hochschule künstlerischer Richtung oder eines Fachhochschul-Studienganges (Ausnahme: drei Semester bei SOKRATES/ERASMUS, Joint-Study Zuschüssen und Auslandskostenzuschüssen, zwei Semester bei CEEPUS);
- der Besitz der österreichischen Staatsbürgerschaft (bzw. bei einseitigen Aktionen des BMWV auch Südtiroler der deutschen oder ladinischen Sprachgruppe und Kinder von EWR-Bürgern, sofern diese in Österreich leben und berufstätig sind);
- Mindestalter von 20 Jahren, Höchstalter von 35 Jahren;
- die BewerberInnen dürfen sich zum Zeitpunkt der Bewerbung noch nicht zur Realisierung ihres Auslandsaufenthaltes im Ausland befinden.

Informationen Die ersten Anlaufstellen für Informationen über Studien- und Stipendienmöglichkeiten im Ausland sind die Auslandsbüros der Universitäten/Hochschulen künstlerischer Richtung. Für BewerberInnen der Universität Wien ist das Büro für Internationale Beziehungen (siehe unten)

zuständig. Der Österreichische Akademische Austauschdienst (ÖAD) veröffentlicht gemeinsam mit dem BM für Wissenschaft und Verkehr eine Reihe von Informationsbroschüren (Studienjahr 98/99), die ebenso wie Bewerbungsformulare im Büro für Internationale Beziehungen erhältlich bzw. auf der Webseite des ÖAD unter „Studieren im Ausland“ zu finden sind: <http://www.oead.ac.at>. Diese Broschüren bieten einen ersten Überblick über verschiedene Auslandsstipendienprogramme und dienen vorab zur Orientierung.

Büro für Internationale Beziehungen

der Universität Wien (Stiege V), Tel. 01/4277-0

Erasmus-Infos: Tel. DW 18203, 18202

Auslandsstipendien: Tel. DW 18208, 18206, 18209,

Fax: DW 9182

e-mail: international@univie.ac.at

erreichbar Mo, Di, Mi und Fr 9-12 Uhr, Do 14-16 Uhr

Karin Grundböck
Politologin, ÖAD

Amerika Haus

Information Resource Center

Das Amerika Haus bietet eine Fülle an Informationen über die U.S.A., in Form von Büchern, Broschüren, Periodika und elektronischen Datenbanken. Letztere umfassen Statistiken, U.S.-Recht und vor allem eine Vielzahl aktueller Zeitungsartikel. Um diese Einrichtungen zu nutzen, muß allerdings telefonisch ein Termin vereinbart werden.

Amerika Haus, 1010 Wien, Friedrich Schmidt Platz 2

Tel.: 01/40 530 33

erreichbar Montag bis Donnerstag von 14 und 17 Uhr.

Wer Zugriff auf das Internet hat, kann unter der folgenden

Homepage die Liste der Materialien abrufen:

<http://www.usia.gov/posts/vienna.html>.

Dort wird man hoffentlich unter 'United States Information

Service' in der Rubrik 'Broschüren...' fündig. Die Texte der

Broschüren können vom Internet auch heruntergeladen werden,

und zwar unter

<http://www.usia.gov/usa/usa.htm>.

Zusätzlich besteht für DiplomandInnen die Möglichkeit, nach

Vorlage einer Bestätigung der Betreuerin bzw. des Betreuers

Bücher zu entleihen.

Birgit Appelt

VORTRAGSREIHE Die von Politikwissenschafts-Institut, Renner-Institut und Institut für Höhere Studien gemeinsam organisierte Vortragsreihe bietet immer wieder Gelegenheit, die Menschen hinter den Namen auf Pflichtlektürelisten zu erleben: Die Themen bisher waren weit gestreut und reichten von den „Subtypen der Demokratie“ (David Collier) über die Debatte um „Gleichheit und/oder Differenz“ (Andrea Maihofer) bis zum „männlichen Marx“ (Christine Di Stefano). Letzten Oktober referierte Seyla Benhabib über „Identitätspolitik und Differenz im globalen Zusammenhang“. Ein weiterer Vortragender wird Alex Demirovic sein, manchen noch von seiner Gastprofessur an der Politikwissenschaft in Wien bekannt. Sein Vortrag zum Thema „Globalisierung und Demokratie“ findet am 19.1. 1998 statt. Termine finden Sie in Politix sowie durch Aushang am Institut.

GLEICHSTELLUNGSPOLITIK Daß die Bevorzugung von Frauen nicht gleichzeitig zur Diskriminierung von Männern führen muß, bestätigt der Europäische Gerichtshof in seinem Urteil vom 11. 11. 1997. Laut Urteil „zeigt sich in der sozialen Wirklichkeit, daß selbst bei gleicher Qualifikation die Tendenz besteht, männliche Bewerber vorrangig vor weiblichen Bewerbern zu befördern.“ Durch „Vorurteile und stereotype Vorstellungen“ sei das berufliche Fortkommen von Frauen eingeschränkt. Deshalb verstoße die Bevorzugung von Frauen, mit dem Ziel der Gleichberechtigung, nicht gegen das Gemeinschaftsrecht. Das Urteil wurde nach der Beschwerde eines deutschen Lehrers notwendig, dem bei einer Beförderung eine Frau vorgezogen worden war. Ganz legal, wie jetzt feststeht.

BIBLIOGRAPHIE Ein Nachschlagewerk über rund 4.000 Diplomarbeiten, Dissertationen und Habilitationen mit frauenspezifischen Themen der letzten 25 Jahre wurde von der Dokumentationsstelle Frauenforschung des IWK herausgegeben. Die „Bibliographie: Frauenspezifische und feministische Hochschulschriften an österr. Universitäten 1968-1993“, erstellt von Ilse Korotin und Kirstin Breitenfellner, erschien 1994 in Wien.

FairPlay: Fußball, Kultur & Rassismus. Von Michael Fanizadeh.

1997 wurde zum Europäischen Jahr gegen Rassismus erklärt. In einer gemeinsamen Absichtserklärung verpflichteten sich der EU-Rat, die EU-Kommission und die Mitgliedsstaaten dazu, „Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus in allen Lebensbereichen zu bekämpfen“. Wobei Rassismus und Antisemitismus in der Folge kurzerhand zu nicht näher beschreibbaren „Phänomenen“ gemacht wurden. Somit ist es wenig verwunderlich, daß sich schon im Vorfeld Unmut regte: „Hauptpunkte der Kritik waren die schwammigen Formulierungen der Absichtserklärung, die zu geringe Involvierung der NGOs in die Planung des Jahres, die fehlende theoretische Auseinandersetzung sowie der auffällige Widerspruch zwischen der Abschottung der EU gegenüber AsylwerberInnen und MigrantInnen und den Anliegen des EU-Jahres“, so **Bernhard Perchinig** (ai-info 3/97).

Von der EU wurden insgesamt **4,7 Mio ECU** für das Aktionsjahr bereitgestellt. Über Projekt-Kofinanzierungen wurden die Mitgliedsstaaten angehalten, gegen Rassismus aktiv zu werden. Die FairPlay-Kampagne ist dabei der größte österreichische Beitrag. Erstmals finden sich hier AkteurInnen der Fußball-Community zusammen, um Rassismus in- und außerhalb der Stadien entgegenzutreten. Die Kampagne umfaßt den bereits im Sommer ausgespielten, bundesweiten InterCulturCup, das Wiener Symposium „Fußballkultur

in Europa, Globalisierung und Rassismus“ vom 10. und 11. November, Schulworkshops und ein Medienprogramm. **Ziel von FairPlay** ist es, die engen sozialen und kulturellen Grenzen im Sport zu überwinden und nationale, sowie chauvinistische Vorurteile zu benennen bzw. zu brechen. Als integraler Bestandteil der Populärkultur bietet Fußball neue Perspektiven für den antirassistischen Kampf.

Die Beschäftigung mit dem Feld der Popular- bzw. Massenkultur kommt dabei nicht von ungefähr. Wie schon Etienne Balibar u.a. dargelegt haben, ist das Wesen des modernen Rassismus nicht mehr ausschließlich über „überkommene“ Biologismen bestimmbar, sondern über modernere, kulturell definierte Formen der Diskriminierung. Die kulturellen Differenzen zwischen konstruierten einheimischen und fremden Bevölkerungskollektiven werden dabei als unüberwindbar dargestellt. Diese Positionen finden sich mittlerweile nicht mehr nur bei neurechten Apologeten des Rassismus, sondern auch in „Alltagsdiskursen“ der Bevölkerungen sowie in Multi-Kulti-Konzepten der Regierungen. Es ist daher wenig erstaunlich, daß auch im Sport nach Anknüpfungspunkten für die Behauptung einer unumstößlichen kulturellen Differenz gesucht wird.

Dekade des Sports

Schließlich werden die 90er Jahre nicht umsonst als die Dekade des Sports bezeichnet. John Williams

vom Football Research Centre in Leicester vertrat beim Wiener Symposium die These, daß heutzutage dem Sport, insbesondere dem Fußballsport, eine ähnlich dominante kulturelle Bedeutung zukommt wie der Rockmusik in den 60er und 70er Jahren. Wobei sich der Sportboom mit dem Wandel im post-industriellen Arbeitsleben und im Freizeitbereich verbindet. Diesen Zusammenhang haben auch andere DiskutantInnen beim Symposium herausgearbeitet. Rassistische und sexistische Diskriminierungen zeichnen sich heute nicht mehr „nur“ in Formen des Ausschlusses oder in mannigfaltigen Unterdrückungsszenarien ab, sondern sind auch gekennzeichnet durch die Art und Weise, wie sich die Vereinnahmung in Zeiten von weltweiter Kommunikation und globalisierten Märkten organisiert. Für den südafrikanischen Fußballfunktionär Danny Jordaan führt dies beispielsweise dazu, daß Afrika wieder einmal auf der Seite der Zulieferer zu finden ist: „We provide talented players from Africa to Europe with a resultant erosion of the quality of football produced in our own countries.“

Michael Fanizadeh

Politologe,

FairPlay-Organisation

Die Dokumentation des Wiener Symposiums ist ab Februar 1998 beim FairPlay-Kampagnenteam unter Tel.: 01/713 35 94-93 Fax 713 35 94-73 erhältlich.

20. Deutscher PolitologInnenTag

Von Regina Köpl.

Von 13. bis 17. Oktober 1997

fand in Bamberg der 20. wissenschaftliche Kongreß der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft statt. Der nur alle drei Jahre stattfindende große Kongreß stand diesmal unter dem Generalthema „Demokratie - eine Kultur des Westens?“

Wurde der Zusammenbruch des sogenannten „realsozialistischen Modells“ zunächst oft als „Triumph westlicher Demokratie“ interpretiert, stehen die westlichen Demokratien heute selbst vor „inneren“ Problemen. Phänomene wie Funktionsverlust des Nationalstaates, Entgrenzung des Politischen angesichts zunehmender Globalisierung gesellschaftlicher Prozesse in Ökonomie und Kultur,

Politikverdrossenheit etc. sind hier zu nennen. Gleichzeitig entpuppt sich die demokratische Transition der ehemaligen Ostblockländer als langsamer und widersprüchlicher Prozeß. In islamischen und südostasiatischen Gesellschaften wird verstärkt der Anspruch auf einen „eigenen Weg“ vorgebracht und die universelle Geltung westlicher demokratischer Kultur und Prinzipien in Frage gestellt. Grundtenor und kleinster gemeinsamer Nenner des „20. Deutschen PolitologInnentages“ war ein weiter Demokratiebegriff: Demokratie kann nicht auf ein Set von (universellen) Regeln reduziert werden, sondern ist als „politische Praxis“ auf Grundlage einer gemeinsamen (politischen) Kultur zu begreifen.

In- und ausländische ReferentInnen führten entlang von drei Hauptdimensionen in den eben skizzierten Diskussionskontext ein. Im Zentrum der ersten Plenarveranstaltung standen die demokratiepolitischen Folgen gegenwärtiger inner- und zwischengesellschaftlicher Veränderungsprozesse. Der Entgrenzung des Politischen steht ein noch weitgehend nationalstaatlich beschränktes Willensbildungs- und Legitimationssystem gegenüber. Neben der Analyse der Auswirkungen internationaler Verflechtung und Globalisierung auf Funktionsweise, Regierbarkeit und Legitimationsbasis der etablierten (nationalstaatlichen)

Demokratie - eine Kultur des Westens?

Demokratien gilt es, Ansätze für Weiterentwicklung und Übertragung des Demokratieprinzips auf die transnationale Ebene auszuloten. Dazu zählen institutionelle und funktionale Arrangements, aber auch politisch-kulturelle Voraussetzungen.

Das zweite Plenum beschäftigte sich mit der Problematik der Universalisierung westlicher demokratischer Entscheidungs- und Wertsysteme. Ist der Anspruch von Prinzipien wie z.B. Menschen- oder Bürgerrechten auf Allgemeingeltung nicht-westlicher Kulturen mit geschichtlich-kulturell anders begründeten Universalismen überhaupt zu rechtfertigen? Mit wem soll der interkulturelle Dialog aufgenommen werden? Selbstredend, daß vor allem in diesem Plenum

sehr heftig und kontroversiell diskutiert wurde.

Die dritte Analysedimension betraf die Leistungsfähigkeit westlicher Demokratie angesichts schwindender staatlicher Gestaltungsspielräume. Neue Befunde kamen vor allem aus der vergleichenden Demokratieforschung, die u.a. die Rolle der unterschiedlichen Ausgestaltungen und institutionellen Arrangements untersucht. Verblüfft hat in diesem Zusammenhang der von Manfred G. Schmidt vorgelegte Befund über die im Vergleich zu anderen demokratischen Settings große Leistungskapazität von Demokratien mit starken direkt-

demokratischen und wohlfahrtsstaatlichen Elementen. Neben

den in den Plena diskutierten Thesen haben aus österreichischer Sicht vor allem Zahl und Themenvielfalt der im Rahmenprogramm dieses Kongresses angebotenen Arbeitskreise imponiert, wo die Themen bezogen auf konkrete Forschungsfelder und Arbeitszusammenhänge diskutiert wurden. Das Spektrum umfaßte neben den klassischen Kernbereichen der Politikwissenschaft auch neuere Bereiche wie Lokale Politikforschung, politische Psychologie, politische Kulturforschung und selbstverständlich auch eine Veranstaltung des Arbeitskreises Politik und Geschlecht.

Regina Köpl

Assistentin am ipw

Überleben der Shoah und danach. Von Alexander Salzmann

Am 10. und 11. November 1997 fand im Wiener Rathaus das erste ESRA-Wien-Symposium statt. Hier sollten Arbeitserfahrung und Ergebnisse der Holocaust-Forschung in einem interdisziplinären Kreis von PsychiaterInnen, PsychotherapeutInnen, SozialwissenschaftlerInnen und HistorikerInnen referiert und diskutiert werden. Ziel war es, nicht nur Ergebnisse zu präsentieren, sondern einen Einblick in die soziale und psychische Lebenswelt von Holocaust-Überlebenden zu geben und damit für die weitere Forschung Anregungen und Ansatzpunkte zu gewinnen. Es referierten WissenschaftlerInnen aus Holland, Deutschland, Israel, USA und Österreich (u.a. Brigitte Bailer, DÖW, Lektorin am ipw, über jüdische WiderstandskämpferInnen).

Forschung intensiviert

Der norwegische Psychiater Leo Eitinger ortete eine „Verschwörung des Stillschweigens“ um die Leiden der Holocaust-Überlebenden. Sie hätten sich daran gewöhnt, ihre Gefühle zu betäuben, wissend, daß es keine Zuhörer gab, die sich für ihr Schicksal interessiert hätten. Erst in den letzten Jahren wurde die Forschung um die psychosozialen Folgen des Holocausts intensiviert, der Versuch unternommen, die Erinnerung erträglicher zu machen und eine Sprache zu finden, um das Schweigen zu verdrängen. Im Mittelpunkt der Forschung stand das Thema „Post-traumatic-Stress-Disorder“ (eine durch traumatische, lebensbedrohende Umstände hervorgerufene

psychische Störung) in Form des „Holocaust-Syndroms“.

Besondere Aufmerksamkeit erregte das Referat von Elitsur Bernstein und Binjamin Wilkomirski, da sie sich einerseits mit dem Schicksal von Kindern beschäftigten, einem in der Holocaust-Forschung vernachlässigten Thema, und andererseits eine faszinierende Möglichkeit der Kooperation von HistorikerInnen und PsychologInnen beschrieben. In ihrem Referat „Die Identitätsproblematik bei überlebenden Kindern der Shoah“ behandelten Bernstein und Wilkomirski das Schicksal jener tausender – vor allem jüdischer – Kinder, die in der Shoah ihre Familien verloren hatten und noch zu klein waren, um selbst über gesichertes Wissen über ihre Identität und Herkunft zu verfügen. Sie überlebten die Shoah in Konzentrationslagern, in Verstecken bei nichtjüdischen Familien oder in Klöstern. Nach dem Krieg

ESRA (=hebr. Hilfe) wurde vor zwei Jahren auf Initiative der Sozialabteilung der Israelitischen Kultusgemeinde und der Stadt Wien als Therapiezentrum für Holocaust-Überlebende und ihre Familien gegründet. Es steht allen Gruppen von Verfolgten offen und bezieht auch die „Second Generation“ mit ein.

wuchsen sie in Kinderheimen oder bei Adoptiveltern auf, sie erhielten eine „Adoptividentität“. Die Auseinandersetzung mit ihrer traumatischen Vergangenheit war in ihrer neuen Umgebung oft unerwünscht, verbalisierte Erinnerungen aus der frühen Kindheit wurden nicht ernst genommen und als „Phantasie“ abgetan. Um die „äußere“ Realität meistern zu können, mußten die frühen Erinnerungen verdrängt werden. Bei vielen „child-survivors“ brachen aber im Pubertäts- oder Erwachsenenalter eine Vielfalt von psychischen oder körperlichen Symptomen aus, die in schweren Erkrankungen endeten. Psychotherapeutische Bemühungen endeten fast immer bei der Identitätslosigkeit und waren deshalb erfolglos. Bernstein und Wilkomirski suchten neue Wege der Behandlung. Zentraler Punkt ist die Identitätsstiftung. Dabei versucht der/die TherapeutIn, frühe Erinnerungsreste zu verbalisieren, sie durch Konzentrationstraining zu reaktivieren und zu konkretisieren. Aufgabe des/der HistorikerIn ist es, in ständiger Abstimmung mit dem/der PsychotherapeutIn, diese Fragmente zu prüfen, zu deuten und so zu einer ganzen oder teilweisen Erhellung der Vergangenheit der PatientInnen beizutragen. In diesem Moment trat bei zahlreichen KlientInnen eine schlagartige Verbesserung des Krankheitsbildes ein.

Alexander Salzmann

Student der Politikwissenschaft

Die Sommer-Hochschule

Von Dieter Swoboda.

„I came to the Summer Program for a first-hand understanding of Europe and what I found was not only Europe but the world. You won't regret any minute of your time here, be it at 10:00 am in class, 3:00 pm at the dock, 7:00 pm at a coffeehouse, or 3:00 am in ...”.

Das ist nur einer von vielen enthusiastischen Kommentaren von StudentInnen der Sommerhochschule der Universität Wien aus dem letzten Jahr. Vielleicht kann dieses Statement die Frage beantworten, warum jedes Jahr zwischen 60 und 80 StudentInnen aus bis zu 30 verschiedenen Ländern nach St. Wolfgang/Strobl am Wolfgangsee fahren, um dort einen Teil ihrer Sommerferien am Campus zu verbringen.

Das Programm der Sommerhochschule steht unter dem Motto "European Studies". Die Vorlesungen werden in englischer Sprache abgehalten und reichen von Kursen über die Europäische Union, europäische politische Systeme und Probleme der Währungsintegration bis hin zu Kursen über europäische Geschichte und moderne Kunst. Es werden aber auch Blicke über die Grenzen des jeweiligen Faches hinaus geworfen: Zweimal in der Woche gibt es transdisziplinäre Seminare, die ein Thema nach unterschiedlichen fachlichen wie methodischen

Gesichtspunkten beleuchten sollen. Daneben werden für nicht-deutschsprachige StudentInnen auch Deutschkurse angeboten. Manche der angebotenen Vorlesungen werden vielleicht in ähnlicher Form auch im normalen Universitätsbetrieb abgehalten, aber sicher nie mit nur jeweils 15 Studierenden pro Kurs, die noch dazu aus der ganzen Welt kommen.

Interkulturelles Lernen

Neben den Vorlesungen gibt es aber noch genügend freie Zeit, um einander kennenzulernen, denn gerade soziales und interkulturelles Lernen ist neben der Vermittlung aktueller akademischer Inhalte mit ein Hauptziel der Sommerhochschule. Gratis Segel-, Surf- und Tenniskurse, geführte Bergwanderungen, Fußball, Volleyball, Basketball und Exkursionen nach St. Wolfgang, Bad Ischl, Salzburg (inkl. Besuch der Salzburger Festspiele), und Wien, wo die Abschlußfeier stattfindet, runden das Programm ab und sorgen für Spaß und Unterhaltung. Durch all diese Aktivitäten entstehen am Campus jedes Jahr viele Freundschaften, die weit über das Ende der Sommerhochschule hinausreichen.

Die Anmeldung Die nächste Sommerhochschule wird vom 18. Juli bis 17. August 1998 stattfinden. Sie wird die 50. Session sein und gebührend gefeiert werden. Die Anmeldefrist läuft noch bis 30. April 1998, wer allerdings ein Stipendium braucht, sollte seine Bewerbung spätestens bis 1. März abgeben.

Die Kosten betragen 29.000 Schilling (sicherlich nicht wenig). Das dafür Gebotene: Vier Wochen Programm inklusive Unterkunft und Verpflegung ist allerdings toll und recht preiswert. Außerdem gibt es Teilstipendien, die nach den Kriterien Studienerfolg, soziale Bedürftigkeit und Zeitpunkt der Anmeldung vergeben werden. Solltet Ihr Interesse oder Fragen haben, so könnt Ihr weitere Informationen entweder in der Homepage der Sommerhochschule finden, oder Ihr wendet Euch direkt an das Büro der Sommerhochschule im Uni-Hauptgebäude. Ein Sommer in Strobl ist auf alle Fälle ein Erlebnis, denn „The true global experience is the Stobl-experience“ (*Hyun Sun Yu, Südkorea, Studentin 1997*).

Dieter Swoboda

*Student und Teilnehmer der Sommerhochschule 1995
dzt. Bibliothekar der Sommerhochschule*

Information

Sommerhochschule / Uni Wien

1010, Dr. Karl Lueger-Ring 1,

Koordinatorin:

Dr. Christine Gollatz

Öffnungszeiten: Di, Do 10-14, Mi 10-12 und 14-19 Uhr

Tel. 4277-24201 Fax 403 49 88

E-mail:

Sommerhochschule@univie.ac.at

Homepage

<http://www.univie.ac.at/sommerhochschule>

UniStG. '97

Aktuelle Änderungen

Die Bestimmungen des UniStG '97 bedeuten insgesamt eine verstärkte Transparenz von Prüfungsabläufen (Terminfestsetzungen, Öffentlichkeit von Prüfungen, Führung von Prüfungsprotokollen bei mündlichen Prüfungen bis zur Begründung von allfälligen negativen Bewertungen) und die Notwendigkeit der Beachtung von formalen Regeln und den damit verbundenen Fristsetzungen.

- „Die Leiterinnen oder Leiter der Lehrveranstaltungen haben vor Beginn jedes Semesters die Studierenden in geeigneter Weise über die Ziele, die Inhalte und die Methoden ihrer Lehrveranstaltungen sowie über die Inhalte, die Methoden, die Beurteilungskriterien und die Beurteilungsmaßstäbe der Lehrveranstaltungsprüfungen zu informieren.“ [UniStG § 7 (6)]

→ Am Institut für Politikwissenschaft (ipw) erfolgt dies in Form des kommentierten Vorlesungsverzeichnisses (INFOPOL 2)

- Was die Prüfungen anbelangt, so sind „Lehrveranstaltungsprüfungen jedenfalls bis zum Ende des zweiten auf die Abhaltung der Lehrveranstaltung folgenden Semesters abzulegen“. [UniStG § 29 (6)]

- „Mündliche Prüfungen sind öffentlich. Es ist zulässig, den Zutritt erforderlichenfalls auf eine

den räumlichen Verhältnissen entsprechende Anzahl von Personen zu beschränken.“ [UniStG § 57 (2)]

- „Die Prüferin/der Prüfer ... hat ... das Prüfungsprotokoll zu führen. In das Protokoll sind der Prüfungsgegenstand, der Ort und die Zeit der Prüfung, die Namen der oder des Studierenden, die gestellten Fragen, die erteilten Beurteilungen, die Gründe für die negative Beurteilung sowie allfällige besondere Vorkommnisse aufzunehmen. Die Gründe für die negative Beurteilung sind der oder dem Studierenden auf Antrag schriftlich mitzuteilen. Das Prüfungsprotokoll ist mindestens ein Jahr ab Bekanntgabe der Beurteilung aufzubewahren.“ [UniStG § 57 (3)]

→ Formulare für Prüfungsprotokolle sind im Sekretariat des ipw, Währinger Str. 28, 1. Stock, erhältlich.

- „Das Ergebnis einer mündlichen Prüfung ist unmittelbar nach der Prüfung der/dem Studierenden

bekanntzugeben. Wurde die Prüfung negativ beurteilt, sind die Gründe dafür der/dem Studierenden zu erläutern.“

[UniStG § 57 (7)]

- „Die Studierenden sind berechtigt, positiv beurteilte Prüfungen bis sechs Monate nach der Ablegung, jedoch längstens bis zum Abschluß des betreffenden Studienabschnittes einmal zu wiederholen. Die positiv beurteilte Prüfung wird mit dem Antreten zur Wiederholungsprüfung nichtig.“ [UniStG § 58 (1)]

- Sowohl für mündliche wie auch für schriftliche Prüfungen gilt: „Die Zeugnisse sind unverzüglich, längstens jedoch innerhalb von vier Wochen nach Erbringung der zu beurteilenden Leistung auszustellen.“ [UniStG § 47 (5)]

Daher hat die Beurteilung schriftlicher Arbeiten so zu erfolgen, daß die Ausstellung der Zeugnisse innerhalb der Frist von vier Wochen ermöglicht wird; dabei sind für die Ausstellung der Zeugnisse etwa 4 Tage nach Einlagen der Daten zu veranschlagen!

- „Die für die Ausstellung von Zeugnissen erforderlichen Daten des Prüfungsprotokolls sind unverzüglich der Zentralen Verwaltung ... zu übermitteln.“ [UniStG § 57 (4)]

→ Dies geschieht durch Abgabe der Vordrucke zur Prüfungsabrechnung und Zeugniserstellung im Sekretariat der Prüfungs- und Studienabteilung des ipw, Währinger Str. 28, 1. Stock, Zimmer 15.

• Bestimmungen betreffend den Rechtsschutz bei Prüfungen: [UniStG § 60]

(1) Die Berufung gegen die Beurteilung einer Prüfung ist unzulässig. Wenn die Durchführung einer negativ beurteilten Prüfung einen schweren Mangel aufweist, hat die Studiendekanin/der Studiendekan diese Prüfung auf Antrag der/des Studierenden mit Bescheid aufzuheben. Die/der Studierende hat den Antrag innerhalb von zwei Wochen ab der Bekanntgabe der Beurteilung einzubringen und den schweren Mangel glaubhaft zu machen. Der Antritt zu der Prüfung, die aufgehoben wurde, ist nicht auf die zulässige Zahl der Prüfungsantritte anzurechnen.

(2) Wenn die Beurteilungsunterlagen (insbesondere Gutachten, Korrekturen schriftlicher Prüfungen und Prüfungsarbeiten) den Studierenden nicht ausgehändigt werden, hat diese hinsichtlich der Fachprüfungen und kommissionellen Gesamtprüfungen die Studiendekanin/der Studiendekan, hinsichtlich der Lehrveranstaltungsprüfungen die Leiterin/der Leiter der Lehrveranstaltung mindestens ein Jahr ab der Bekanntgabe der Beurteilung aufzubewahren.

(3) Der/dem Studierenden ist Einsicht in die Beurteilungsunterlagen und in die Prüfungsprotokolle zu gewähren, wenn sie/er dies innerhalb von sechs Monaten ab Bekanntgabe der Beurteilung verlangt. Die/der Studierende ist berechtigt, von diesen Unterlagen Kopien anzufertigen.

Auszüge aus dem UniStG 1997

Termine

23.1.-25.1. FORSCHUNGS- WERKSTATT

Die 6. Wiener Forschungswerkstatt richtet sich an Personen, die interessiert sind an der Theorie qualitativer und rekonstruktiver Methoden der Sozialforschung. Sie richtet sich insbesondere an DiplomandInnen und DissertantInnen, die eine empirische Arbeit planen bzw. durchführen. Die dreitägige Werkstatt wird von Klaus Städtler, Soziologe an der TU Berlin, und Aglaja Przyborski, Psychologin an der FU Berlin, geleitet. Veranstaltungsort: Ludwig Boltzmann Institut für empirische Medienforschung, 1010 Wien, Göllsdorfgasse 3/7. Infos unter 01/8772294 oder 0049/30/6918212. Kosten: öS 1.800.-/TeilnehmerIn.

12.2. 19-21 UHR DISKUSSION

„Inszenierte Politik – frustrierte Wähler?“ Zur ‘Amerikanisierung’ der Politik referieren Univ.Prof.Dr. Fritz Plasser (Universität Innsbruck), Dr. Raimund Löw (ORF) und Mag. Christian Scheucher (Politische Akademie). Moderation: CR Dr. Peter Pelinka. Ort: Politische Akademie der ÖVP, 1120 Wien, Tivoligasse 73. Infos unter 01/81420-0.

23.2.-13.3. BERATUNG

Die Studienberatungstermine für Erstsemestrige des ipw sind in der Woche vom 23.2. bis 13.3.1998 jeweils Mo, Di, Do, Fr von 14-16 Uhr und Mi von 17- 19 Uhr. Wer die Studienberatung macht und wo sie stattfindet, entnehmen Sie bitte den Aushängen am Institut.

5.-7.6. KONFERENZ

„Europa zwischen Integration und Ausschluß“ – Die Europäisierung der Politik als Chance und Herausforderung lautet der Titel der ÖGPW-Konferenz 1998 in Wien. Arbeitskreise sind zu folgenden Themenbereichen geplant: Herausforderungen für die politische Theorie; Europäische Institutionen, Demokratie und Erziehung; Politikfelder und europäische Integration. Die Konferenz wird in Kooperation mit der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW) und der Schweizerischen Vereinigung für Politische Wissenschaft (SVPW) veranstaltet. Infos: ÖGPW, Tel. 01/59 9 91-0.

4.2. 19-21 Uhr TREFFEN

Die Sektion Politik und Geschlecht in der ÖGPW veranstaltet ab nun regelmäßige Treffen im Tunnel, 1080 Wien, Florianigasse 39 (jeden 1. Mi im Monat, 19 Uhr). Da sich die Gründerin der Sektion, Sigrid Leitner, wegen eines Auslandsaufenthaltes aus der Sektionsarbeit verabschiedet hat, übernehmen künftig Maria Rösslhumer und Patrizia Winckler die Koordination der Gruppe. Auf dem Programm des nächsten Treffens am 4.2. steht die Planung der Jahresaktivitäten: eine Präsentation der Sektion anlässlich der ÖGPW-Konferenz im Juni, ein Projekt mit Frauen aus Osteuropa sowie eine Veranstaltung zum Thema Frauen am Arbeitsmarkt. Interessierte werden herzlich eingeladen, an diesen Aktivitäten mitzuwirken. Infos : 01/3332099 (Maria Rösslhumer).

Diplom

Betreuung Peter Gerlich

HAINZ Thomas: Das Siegesdenkmal in Bozen
 KAUFMANN Christian: Irland und Maastricht
 MARKL Stefan: Das politische System Portugals
 MILLMAN-PICHLER Gerd: Malta – Ein Kleinstaat als
 Entwicklungsmodell
 PRIDUN Karl: Die Integration von ArbeitsmigrantInnen
 in Österreich
 RAMBOUSEK Barbara: Die politische Dimension von
 Nahrungsmittelhilfe in Krisenregionen
 TRÖTZMÜLLER Eva: Die kulturpolitische Dimension
 im Rahmen des europäischen Integrationsprozesses

Betreuung Hans-Georg Heinrich

BENAVENTE-PONCE Annafabiola: Proceso de
 Democratization: El caso Peru en L.A.
 KAINZ Birgit: Österreichbild in Rußland im Wandel
 LUDVIG Alice: Rassismus im sozialistischen Kuba
 QUEZADA-IMBERT Melania: Von "hegemonialer
 Subordination" zu "asymmetrischer Interdependenz"
 SPIESBERGER Manfred Josef: Parlamentarismus in der
 Sowjetunion. Rußland 1985 - Herbst 1993

Betreuung Otmar Höll

DIETER Philipp: Die ideengeschichtlichen Wurzeln
 des Ökosozialismus
 LAIMER Christoph: Flüchtlings- und Asylpolitik
 und ihr Stellenwert in der zweiten Republik
 OLIVEIRA Mendes Manuel: OAU - Aktuelle
 Veränderungen über Struktur und Funktion
 PRASCSAICS Petra: Mosambik: Der Weg vom "wissen-
 schaftlichen Sozialismus" zur Demokratie
 WIESER Janet: Feminist perspectives of alternative
 WINDISCH Werner: Organisierte Kriminalität in
 Österreich unter Berücksichtigung der Situation
 in den östlichen Nachbarstaaten Slowakei und Ungarn

Betreuung Helmut Kramer

DIMA Constantin: Die politische und wirtschaft-
 liche Transformation Rumäniens nach dem Sturz
 Ceaucescus im Dezember 1989

Betreuung Eva Kreisky

GRIGAT Stephan: Kritik des Fetischismus.
 Die Marxsche Werttheorie als Grundlage emanzipativer
 Gesellschaftskritik
 SPITALER Georg: Kollektive Einstellungsmuster im

Wandel? Mythen und Selbstbilder Österreichs
 unter dem Eindruck der drohenden 3. Republik
 WITURA Nicole: Die Rettung der Nation und der
 Rasse ist gelegt in die Hände der Frauen

Betreuung Alfred Klose

HITSCH Hannes: Die Gewerkschaft der Gemeinde-
 bediensteten: Struktur, Organisation und Tradition
 OMERZU Harald: Die Freiheitlichen, die Neuen
 Rechten und ihr gemeinsames Politikverständnis

Betreuung Wolfgang C. Müller

GÜTTEL Wolfgang Helmut Mag.:
 Programmatische Innovation und Parteienwettbewerb.
 Eine Analyse der Wahlprogramme der österreichischen
 Parteien von 1983 bis 1995
 TRATTNIG Rita: Veränderungen des österr. Netzwerkes
 der umweltpolitischen Akteure nach dem EU Beitritt
 am Beispiel der Mitwirkung Österreichs an der Ände-
 rung der Umweltverträglichkeitsprüfungsrichtlinie

Betreuung Heinrich Neisser

SALAT Christoph-Stephan: Die verkehrspolitischen
 Positionen Österreichs in der EU
 STUPKA Andreas: Multinationale Streitkräfte – eine
 wesentliche Komponente der europäischen Integration
 TUHY Günther Mag.: Die Wettbewerbspolitik der
 Europäischen Union
 WAGNER Maria: Die Krankenanstaltenfinanzierung
 im Licht politischer Entscheidungsprozesse

Betreuung Heinrich Schneider

EDER Martina: Europäisierung der Arbeits- und
 Sozialpolitik? Strategien österreichischer sozialpoliti-
 scher Akteure zur Bewältigung des EWR/EU-Beitrittes
 am Beispiel der arbeitsrechtlichen Situation bei der
 Entsendung von Arbeitnehmern

Betreuung Ingrid Schütz-Müller

DOCZY Michael: Die Afghanistan-Krise
 HANDLBAUER Christof: Die Rolle der internationalen
 Finanzorganisationen (IWF, IBRO, EBRO, EIB)
 beim Wiederaufbau und der Integration in die
 Weltwährungsordnung
 KEMP Guy: Das Luxemburgische Parteiensystem
 mit besonderer Berücksichtigung der innerparteilichen
 Demokratie

Arbeiten

1997

SIMA Martin: Der skandinavische Sozialstaatsgedanke. Eine vergleichende Analyse am Beispiel von Dänemark, Schweden und Norwegen

Betreuung Gernot Stimmer

PRIELER Isabella: Die Umweltpolitik Costa Ricas. Friede und Ökologie als Maximen der Naturschutzpolitik eines lateinamerikanischen Kleinstaates

Betreuung Emmerich Tálos

GRÖGER Herbert: Programmdiskussion bei den Grünen

HAMMER Nikolaus: Macht, Handlung, Politik.

Eine kritisch-realistische Rekonstruktion der radikalen politischen Ökonomie.

HILLER Karin: Herausforderungen und Veränderungen für die österreichisch sozialpolitischen Akteure und deren Strategien im Mehrebenensystem zwei Jahre nach dem EU-Beitritt unter besonderer Berücksichtigung der Vereinbarungen zum Elternurlaub im Rahmen des Sozialen Dialogs

KHAZEN Catherine: Frauenbeschäftigungspolitik in Österreich am Beispiel der institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen

MOKHAREGHI Myriam: Soziale Sicherung in Spanien

PRABITZ Alice: Wohlfahrtsstaat und Elternschaft.

Die schwedische Gleichbehandlungspolitik aus familienpolitischer Sicht

VIDMAR Silvia: Arbeitszeitpolitik in Österreich und Schweden

VOLF Patrick: Transnationale Bürgerschaft in Europa

WAHSNER Ulrike: Arbeitsmarktpolitik der EU sowie die exemplarische Darstellung der Arbeitsmarktpolitiken einzelner Mitgliedstaaten

ZWATZ Wolfgang: Die Reaktion der Agrarpolitik auf die ökologische Herausforderung an den Beispielen Wasserrecht und Artenschutz

Betreuung Charlotte Teuber

HAAS Alexander: Revolution oder Wandel? Ein Vergleich von Nicaragua unter den Präsidenten Ortega und Chamorra

BERNDORFER Franz: Aspekte einer neuen Blockbildung vor dem Hintergrund des Zerfalls der Sowjetunion und des aktuellen GUS-Integrationsprozesses

BRITO Alfredo: Der Nord-Südkonflikt im Fallbeispiel Cap Verde

LANGER Theresa: Evaluierung universitärer Leistung in den USA

HESS-POJE Andrea: Das Schicksal der Donau-Schwaben unter dem Tito-Regime 1944-48

HOLLERER Franz: Die sicherheitspolitische Bedeutung der Neutralität im neuen Europa unter besonderer Berücksichtigung der Auswirkungen auf die Handlungsmöglichkeiten Österreichs

JIMENENZ-ALONSO Maria-Theresa: Sowjetische Kulturpolitik

MICHELON Anika: Mission u. Missionierung in Afrika

MITTERMAYER Maria: Die US-Drogenpolitik am Beispiel Lateinamerika

SCHNEIDER Gerhard: "Schengen" und die Konsequenzen für das österreichische Sicherheitssystem

PEISCHEL Wolfgang: Die Rolle Deutschlands als Katalysator für die Entwicklung einer europäischen Sicherheitsarchitektur

PLATZER Alexander: Dimension der arabischen Sicherheitspolitik am Beispiel des Königreichs Jordanien

Betreuung Karl Ucakar

HOLZINGER Walter: Österreich als Einwanderungsland? Migration und Migrationspolitik in Geschichte und Gegenwart.

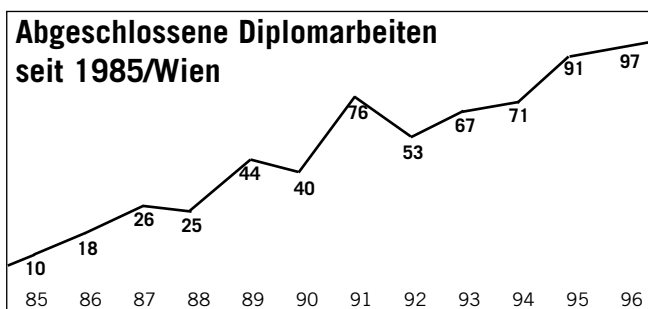
KREUZEDER Thomas: Die Verwaltungsgerichtsbarkeit und deren Einwirken auf die österr. Ausländerpolitik

SCHWEIGER Peter Mag.: Parteireform als Ausweg aus der Parteikrise? - Eine Untersuchung der Reformbemühungen der SPÖ

SIMLINGER Gerda: Die Reformbestrebungen der SPÖ unter besonderer Betrachtung der Wiener Situation und der Anrufe beim Servicebüro der SPÖ Wien in den Wahljahren 1990 – 1992

Betreuung Peter Ullram

SZALAI Georg: Rolle und Chancen von „Third-Party“ – und „Independent Candidates“ bei US-Präsidentenwahlen seit 1944 unter besonderer Berücksichtigung aktueller Entwicklungen



ExtraPost

Sie haben es vielleicht im Standard, profil oder Falter gelesen: Ein Arzt zahlt die Studienkosten für sein Zweitstudium zurück. Auch das Institut für Politikwissenschaft wurde bedacht und erhielt einen Betrag über öS 100.000.-. Ein bisher einmaliges Ereignis.



Ein Auszug aus dem Schreiben von Franz Dirnberger an das Institut, in dem er seine Beweggründe erläutert, die Kosten für sein Zweitstudium zu ersetzen; „Ich habe schon vor längerer Zeit den Entschluß gefaßt, die Studienkosten zurück zu zahlen, da ich ja immerhin schon mein Medizinstudium auf Staatskosten absolviert habe und ich im zweiten Durchgang die Universitätsbank aus reinem Privatvergnügen gedrückt habe.“ Da Herr Dirnberger den überwiegenden Teil seines Studiums und ebenso seine Diplomarbeit am Institut für Geschichte absolviert hat, erhalten die Historiker einen Betrag von öS 250.000.-.

Die Überraschung war groß, als der Brief von Herrn Dirnberger am Institut ankam. Eva Kreisky, Vorständin des Instituts für Politikwissenschaft, faßt die Reaktionen in ihrem Antwortschreiben zusammen: „Niemand an meinem Institut wollte mir glauben, daß dies ein ‘echter’ Brief ist. So etwas hat es einfach noch nicht gegeben.“ Und weiter: „Ich finde Ihre Aktion ganz toll, nicht nur weil mein Institut zu den ‘Bedachten’ zählt, sondern weil dies ein politisch überaus wichtiger Beitrag in der gegenwärtigen universitätspolitischen Krisensituation ist, in der immer nur auf die Universitäten ‘eingeschlagen’ wird. Als Universitätsangehörige bekommen wir von überall, über die Medien, aus der Politik, den Ministerien nur zu hören, wie unfähig und privilegiert wir angeblich sind ... Nur selten gibt es auch öffentlich Äußerungen darüber, was unter wie schlechten Bedingungen dennoch zuwegegebracht wird. Ihr selbstloses Vorgehen hat deutlich gemacht, daß wir zwar eine ‘offene’ Universität sind, daß alle



kommen können und sollen, daß vielleicht aber manche berechtigterweise einen größeren Beitrag leisten könnten als andere.“

Der Zeitpunkt für diese ‘Spende’ könnte nicht besser sein. Soeben wurde das Institut – auch aus eigenerwirtschafteten Mitteln – renoviert. Geld wird also dringend benötigt. Nun wird sorgfältig überlegt, wie der Betrag am besten verwendet werden könnte - auch im Interesse der Studierenden.

Zusammengestellt von **Susanne Wegscheider**

Rechtsextremer Vormarsch im Netz

Reaktion auf den Leserbrief von Haimo L. Handl

Es ist eine merkwürdige Einstellung, die aus Handls Leserbrief hervorgeht. Ich muß gestehen, über diese Denkweise so empört zu sein, daß es mir einerseits die Mühe nicht wert ist, auf das Ganze "um den Brei reden" von Handl detailliert einzu-gehen, sondern es mir wesentlicher erscheint, den ernstesten und gefährlichen Kern seiner Aussagen aus dem ganzen Wulst von Wörtern herauszulösen. Handl plädiert offensichtlich für volle Pressefreiheit, gegen jede Zensur.

Nun, eine derartige Pressefreiheit gibt es bei uns nicht und darf es nicht geben. Es scheint dem Herrn Lektor für Politikwissenschaft völlig entgangen zu sein, daß es in der österreichischen Bundesverfassung ein Verbotsgesetz gibt, das jegliche Form von NS-Wiederbetätigung verbietet und mit schweren Freiheitsstrafen ahndet. Ich würde Herrn Handl empfehlen, die gekürzte Fassung des Verbotsgesetzes im Buch

von Ermacora, "Österreichische Bundesverfassungsgesetze", Böhlau Verlag, Seite 271 - 275, nachzulesen. Ich hoffe, ihn damit nicht zu überfordern. Ich gestatte mir, den Paragraphen 3h, Seite 274, zu zitieren, da dieser möglicherweise auch Herrn Handl betreffen könnte: *„Nach § 3g wird auch bestraft, wer in einem Druckwerk, im Rundfunk oder in einem anderen Medium oder wer sonst öffentlich auf eine Weise, daß es vielen Menschen zugänglich wird, den nationalsozialistischen Völkermord oder andere nationalsozialistische Verbrechen gegen die Menschlichkeit leugnet, gröblich verharmlost, gutheißt oder zu rechtfertigen sucht.“*

Wie sehr dieser Punkt Herrn Handl betrifft, geht aus folgenden Worten in seinem Leserbrief hervor: „Die Unterdrückung sogenannter gefährlicher Meinungen, Lügen (Auschwitzlüge !), Häresien etc.“ Wer den folgenden Wortschwall von Dingen, die absolut nichts mit Auschwitz zu tun haben, liest, wird verstehen, daß es mir nicht der Mühe wert schien, mich mit den ganzen anderen, wissen-

schaftlich klingen sollenden Ergüssen des Herrn Handl auseinanderzusetzen.

Ich möchte darum nur noch einige Punkte hervorheben, welche die Geisteshaltung Herrn Handls erkennen lassen. So ist folgender Ausspruch aus Handls Leserbrief erwähnenswert: *„Aus einer emanzipatorischen Vernunft heraus ist jeder Zensur zu widersprechen. Zensur verletzt die Menschenwürde!“* Nach Handls Meinung verletzt das Verbotsgesetz, welches jede NS-Wiederbetätigung untersagt, die Menschenwürde! In Realität ist jede NS-Betätigung doch Vorbereitung zum Völkermord, da dieser ja einen wesentlichen Inhalt der NS-Ideologie bildet. Aufruf zum Massenmord soll also erlaubt sein! Er meint auch, nicht die sogenannte Auschwitzlüge, welche eine unglaubliche Verhöhnung von Millionen Opfern darstellt, verletze die Menschenwürde, sondern das Verbot ihrer Verbreitung. Noch ein Ausspruch: *„Sicherheitsforderungen (...) sind immer Ausweis einer Schwäche, einer Angst.“*

Wie falsch er mit einer solchen Feststellung liegt, kann er an meinem Leserbrief erkennen. Hätte ich Schwäche, würde ich diesen Leserbrief kaum schreiben. Angst schon eher, daß ein derartiger Lektor auf die Jugend losgelassen wird. Denn Zeitzeugen sterben bald aus, aber es wird manche StudentInnen geben, welche die Mär von der Auschwitzlüge glauben, wenn niemand mehr entgegenwirken kann.

Herr Handl freut sich jetzt schon, wie durch gewisse Medien die Menschen belogen werden können. Im Originalton: *„Bezüglich dem Internet ist, etwas schadenfreudig anzumerken, daß diese Einrichtung (...) sich nicht mehr wgschließen läßt (...). Jetzt sind der nationalen Souveränität endlich einmal von einer anderen Seite her Grenzen gesetzt (...).“*

Conclusio

Herr Handl sollte, meiner Meinung nach, kein Fall als Lektor sein, sondern eher ein Fall für den Staatsanwalt.

Leo Schmidt
Student

Briefwechsel

Reaktionen, Meinungen, Briefe, emails



Kontakt Dr. Birgit Sauer
1090, Währingerstr. 17
T +43/01/40480-684
F +43/01/40480-683
EM birgit.sauer@univie.ac.a

Das POWI-Panel

Das Wissenschaftsministerium finanziert eine Langzeituntersuchung, um den Studienverlauf von Politikwissenschaftsstudierenden zu erforschen. Von Gregor Matjan.

Es mag uns PolitologInnen eitle Nabelschau oder Hang zur übermäßigen Selbstreflexion unterstellt werden: Tatsache ist, daß die Wiener Politikwissenschaft eine der am besten dokumentierten Studienrichtungen ist. Nicht nur um gängige Vorurteile wie etwa die Unvermittelbarkeit von PolitologInnen zu widerlegen, sollte dieser Trend nach nunmehr zwei AbsolventInnenstudien weitergeführt werden. Auch von Seiten des Wissenschaftsministeriums bestand der erklärte Wille, eine Langzeituntersuchung zu finanzieren, um den Studienverlauf von PolitikwissenschaftsstudentInnen zu erforschen. Es sollen die Ursachen und der genaue Umfang der Drop-Out-Quote herausgefunden werden, denn darüber existieren bisher nur Vermutungen. Über den Rahmen von Politikwissenschaft hinaus sollten die Ergebnisse für GRUWI- und GEWI-Studien, aber auch für SoziologInnen von Interesse sein. Also machte das Ministerium für unser POWI-Panel vorerst eine halbe Million Schilling locker, was

Aufgabe des POWI-Panel ist es, Erstsemestri-ge des Jahrgangs WS 97/98 bis zu ihrem voraussichtlichen Studienende kontinuierlich zu beforschen.

eine Langzeitstudie über drei Jahre ermöglicht. Neben breiten, quantitativen Erhebungen zu Beginn und zum Ende des Studiums stehen dabei vor allem ausführliche Interviews und Gruppendiskussionen im Mittelpunkt. Dazu soll uns eine Gruppe von 100 Erstsemestri-ge bereitstellen, die das Panel bildet. Diese Gruppe dient uns als konstante Stichprobe, die in vier Erhebungsphasen untersucht wird:

- Studieneingangsphase (1.- 2.Sem)
- Drop-In/Out-Phase (4.-6. Sem.)
- Diplomarbeitsphase (8., 9. Sem.)
- Berufsfindungsphase (n. Abschluß)

Das neue UniStG fordert von uns nicht nur die Evaluierung der Lehrveranstaltungen, sondern auch einen neuen Studienplan. Damit eröffnen sich neue Chancen, das Studium bedarfsgerecht, d.h. nicht nur nach den Bedürfnissen der Lehrenden zu gestalten, sondern auch die Vorstellungen und Ziele der Studierenden zu berücksichtigen. Der bisherige Studienplan zeichnet sich nicht nur durch eine antiquierte Fächer-einteilung und einen unlogischen Studienaufbau aus (z.B. Österreichisches Politisches System im 2. Abschnitt), sondern birgt auch versteckte Hürden, die sich letztlich zum Nachteil der Studierenden auswirken. Ziellozes Dahinstudieren, bequeme, aber unbrauchbare Spezialisierung sind nur zwei Strategien, die viele Studierende früher oder später scheitern lassen. Mit dem POWI-Panel sollen nun erstmals individuelle

Studienmotivation und außeruni-versitäre Faktoren des Studienerfolgs in die Analyse einbezogen werden. Elternhaus, eigener Lebensstil und die oftmals notwendige Berufstätigkeit neben dem Studium werden in die Studie Eingang finden. Berücksichtigt werden auch Strategien, mit der Verschlechterung der Sozialleistungen für Studierende umzugehen. Darüber hinaus interessieren uns die subjektiven Vorstellungen von Wissenschaft, Berufsziele und die Identifikation mit dem Fach. Politikwissenschaft soll das Image einer Zukunftswissenschaft erhalten, nicht nur aufgrund der Qualität der Forschung, sondern auch in Hinblick auf die AbsolventInnen, denen dieses Studium persönlich eine Zukunft ermöglichen soll. Das Panel startete im November 1997 mit einem Fragebogen in den Einführungsvorlesungen von Prof. Kreisky/Dr. Sauer und Prof. Gerlich (Auswertung: Anfang 1998). Die Ergebnisse werden in Politix präsentiert und öffentlich diskutiert. In der zweiten Phase geht es um eine Bestimmung der Motivation und der Lebensbedingungen der Studierenden (mittels Interviews, Gruppendiskussionen), wobei die vorangegangenen Ergebnisse in die Diskussion eingespeist werden. Höhersemestri-ge können mitwirken (Interviews führen, Daten auswerten). Infos am ipw.

Gregor Matjan

Lektor am ipw,

Projektmitarbeiter des POWI-Panels

Bücher

Eine Auswahl von Neuerwerbungen der Institutsbibliothek

- BECK**, Ulrich: Weltrisikogesellschaft, Weltöffentlichkeit und globale Subpolitik, Wiener Vorlesungen, Picus Verlag, Wien 1996, 21.087
- BECK**, Ulrich/Peter **SOPP** (Hrsg.): Individualisierung und Integration. Neue Konfliktlinien und neuer Integrationsmodus?, Leske+Budrich, Opladen 1997, 20.950
- BECK**, Ulrich/Elisabeth **BECK-GERNSHEIM**: Riskante Freiheiten, edition suhrkamp, Frankfurt a.M. 1994, 20.893
- BECK**, Ulrich/Anthony **GIDDENS**/Scott **LASH**: Reflexive Modernisierung. Eine Kontroverse, edition suhrkamp, Frankfurt a.M. 1996, 20.892
- BOURDIEU**, Pierre: Das Elend der Welt. Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft, e'dition discours, Universitätsverlag Konstanz, Konstanz 1997, 21.084
- DÖRING**, Diether/Frank **NULLMEIER** u.a.: Gerechtigkeit im Wohlfahrtsstaat, Schüre Verlag, Marburg 1994, 21.071
- GIDDENS**, Anthony: Jenseits von Links und Rechts. Edition Zweite Moderne, Suhrkamp Verlag, Frankfurt a.M. 1997, 20.850
- GIDDENS**, Anthony: Soziologie, Verlag Nausner&Nausner, Graz-Wien 1995, 20.902
- HEY**, Barbara: Women's History und Poststrukturalismus. Zum Wandel der Frauen- und Geschlechtergeschichte in den USA, Centaurus-Verlagsgesellschaft, Pfaffenweiler 1995, 21.080
- KREYHER**, Volker J./Carl **BÖHRET** (Hrsg.): Gesellschaft im Übergang. Problemaufrisse und Antizipationen, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 1995, 21.069
- LIEPOLD-MOSSER**, Bernd: Sprache der Politik. Politik der Sprache, Verlag Turia+Kant, Wien 1996, 20.828
- LATTHIES**, Volker (Hsg.): Der gelungene Frieden. Beispiele und Bedingungen erfolgreicher friedlicher Konfliktbearbeitung, Dietz Verlag, Bonn 1997, 21.086
- MENZER**, Ursula: Subjektive und objektive Kultur. Georg Simmels Philosophie der Geschlechter vor dem Hintergrund seines Kultur-Begriffs, Centaurus-Verlagsgesellschaft, Pfaffenweiler 1992, 21.078
- NEUENHAUS**, Petra: Max Weber und Michel Foucault. Über Macht und Herrschaft in der Moderne, Centaurus-Verlagsgesellschaft, Pfaffenweiler 1993, 21.079
- ORTEGA**, Francisco: Michel Foucault. Rekonstruktion der Freundschaft, Wilhelm Fink Verlag, München 1997, 20.528
- PILZ**, Peter: Eskorte nach Teheran. Der österreichische Rechtsstaat und die Kurdenmorde, Ibra&Molden, Wien 1997, 21.085
- SCHAEFFER-HEGEL**, Barbara: Säulen des Patriarchats. Zur Kritik patriarchaler Konzepte von Wissenschaft-Weiblichkeit-Sexualität und Macht, Centaurus-Verlagsgesellschaft, Pfaffenweiler 1996, 21.081
- SCHULZ-ERKER**, Gisela: Frauen, Öffentlichkeit und das Problem der Macht, Centaurus-Verlagsgesellschaft, Pfaffenweiler 1995, 21.083
- RIFKIN**, Jeremy: Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft, Fischer Verlag, Frankfurt a.M. 1997, 21.074
- WALLERSTEIN**, Immanuel u.a.: Die Sozialwissenschaften öffnen. Ein Bericht der Gulhenkian Kommission zur Neustrukturierung der Sozialwissenschaften, Campus Verlag, Frankfurt/New York 1996, 20.914
- WOLF**, Sabine: Ökonomie und "Geschlechterverhältnis", Centaurus-Verlagsgesellschaft, Pfaffenweiler 1996, 21.077 (b.e.n)

Die angeführten Nummern vereinfachen eine Entlehnung der gewünschten Titel in der Institutsbibliothek (siehe Seite 47).

Zusammengestellt von
Brigitte Neichl



Großer Andrang I. Schütz-Müller, N. Trallori, A. Klose v.l.n.r.



Im Gespräch G. Falkner, R. Köpl



Talk im Gang S. Puntcher-Riekman, B. Sauer; dahinter: M. Rösslhumer, A. Gusenleitner

Seitenblicke

Offizielle Einweihung des Instituts in der Währingerstraße 28.

Von Brigitte Neichl.

Am 11.11.1997 wurde das renovierte Institut für Politikwissenschaft in der Währingerstraße 28 offiziell und feierlich von Institutsvorständin Eva Kreisky eingeweiht. Unter den illustren Gästen waren von seiten des Lehrpersonals unter anderem Helmut Kramer, Ingfrid Schütz-Müller, Wolfgang Pesendorfer, Birgit Sauer, Regina Köpl, Haimo L. Handl, Lisbeth Trallori, Sonja Puntcher-Riekmann, Gerda Falkner, Gernot Stimmer sowie Claudia Millmann, Bettina Mayr samt Kolleginnen aus der Administration und dem Sekretariat. Gegen Ende schaute auch noch Helmut Gluderer, einer der BibliothekstutorInnen vorbei. Bei Brötchen, Saft und Wein (Rot-Weiß) wurde ab 17 Uhr der 700.000 Schilling teure Umbau des Institutes gefeiert. Inspiziert wurden die Räumlichkeiten auch von Camilla (2 Jahre), der Tochter einer Administrationsmitarbeiterin in Karenz. Dalmatinerhündin

Fleka blickte sehnsüchtig allen nach, die Eßbares in der Hand hatten. Eva Kreisky bedankte sich in einer Rede bei Franz Wimmer, dem „Herz des Umbaus“ (Kreisky), der als Sachbearbeiter der Wirtschaftsabteilung der Uni Wien für die Planung und Organisation der Arbeiten verantwortlich war.

In einer berührenden Ansprache würdigte Prof. Kreisky Dr. Franz Dirnberger, Plastischer Chirurg, der vor kurzem Politikwissenschaft im Zweitfach abgeschlossen hat. Er hat dem Institut 100.000 Schilling zur Verfügung gestellt, um, wie er meinte, „zurückzuzahlen, was er an Kosten verursacht hat“. Eva Kreisky ist noch auf der Suche nach einem geeigneten Verwendungszweck für den unerwarteten Geldsegen. Beiden Herren wurde eine Kiste Wein „Exclusive Selection“ überreicht.

Im Erdgeschoß befindet sich nunmehr ein Hörsaal, die Bibliothek (an der noch weitergearbeitet wer-

den soll), der Lehrveranstaltungsüberblick, sowie diverse Pinwände für die Studienrichtungsververtretung, Instituts-Interna und für Allgemeines. Übrigens eine Mitteilung an alle Klebefreudigen und Mitteilungsbedürftigen: Diverse Anschläge müssen mit einem Stempel des Sekretariats versehen sein und dürfen nur an den dafür vorgesehenen Stellen angebracht werden. Keinesfalls aber an den (frischausgemalten) Wänden. Bitte halten Sie sich daran!

Im ersten Stock, gleich beim Aufgang, stehen die Zeugnisläden. In den Räumen rechts ist nun das Sekretariat, das für Prüfungs- und Studienangelegenheiten verantwortlich ist, untergebracht. Links befindet sich die Administration, die für Prüfungsanmeldung und Auskunftserteilung zuständig ist (*genaue Zuständigkeit sowie Öffnungszeiten siehe Informationen auf der letzten Seite von Politix*). Hier befindet sich auch der Kopierer



Freudlich im Gewühl Eva Kreisky im renovierten Institut.



Politix im Team S. Wegscheider, M. Rösselhummer, G. Schatzl, L. Luksch (v.l.n.r.).



Danke an den Spender F. Dirnberger (re.) Kreisky, S. Michal-Misak, M. Nowak.



Freizeit mit Zukunft J. Grahofer mit Camilla, neben W. Guggenberger.



Kunstvoll Das Plakat zur Feier, gezeichnet von M. Martinovich.



Unterhaltung im Stehen H.G. Heinrich, N. Trallori, W. Pesendorfer, Camilla



Geplant F. Wimmer und R. Bosan, verantwortlich für den Umbau des Instituts



Die 4 vom Sekretariat P. Nartovsky, V. Schicker, M. Martinovich, B. Mayr

(ein zweiter steht im EG). Der nächste Raum ist der neue Lesesaal, der im Moment noch etwas kahl wirkt, aber schon bald mit Gemälden geschmückt werden soll. Der letzte Raum mit der schönen Holzdecke in „Herrenzimmer-Art“ (ehemaliges Zimmer von Heinrich Schneider) und einer von Birgit Sauer entworfenen Lichtquelle (sehenswert!) wird als Seminarraum, für Privatissima, Vorträge und Diplomprüfungen genützt.

Brigitte Neichl

Studentin der Politikwissenschaft



Politisch korrekte Brötchen Ein Blick auf das kalte Buffet.



Unterhaltung im Stehen H. Kramer, B. Mayr, H. Dvorák, G. Stimmer

Fotos: Brigitte Neichl

Bei Brötchen, Saft und Wein wurde das renovierte Institut feierlich eingeweiht.

Einführungstutorien ≠ AnfängerInnen-tutorien

Durch den § 38 (4) des UniStG wird es zu einer Reihe von Änderungen die Einführungstutorien der ÖH betreffend kommen. Besonders Frauen-, Männer- und SchwulLesBische Tutorien sind nicht gesichert! Im § 38 (4) des neuen UniStG werden erstmals Tutorien im Rahmen der Studieneingangsphase genannt. Das Einführungstutorium der ÖH kann auf eine lange Tradition zurückblicken. Neben der Abhaltung von Erstsemestrigentutorien ist es auch anderen Gruppen möglich, Alternativ- oder sogenannte Thementutorien anzubieten. Im Grundsatzpapier des Tutoriumsprojektes (eine selbstgegebene Verfassung) sind Frauen-, Männer- und SchwulLesBische Tutorien verankert. Auch ein Antrag für ein AusländerInnen-tutorium wurde bewilligt. Das Tutoriumsprojekt weist eine eigene, auf allen Ebenen durchgängige basisdemokratische Struktur auf, deren wichtigster Teil das Koordinationstreffen (KO) ist. Hier ist es allen VertreterInnen der Projektgruppen möglich, inhaltliche wie auch organisatorische Beschlüsse im Konsens zu fassen. Die Projektanträge wurden mit kleinen Änderungen vom fraktionell besetzten Finanzausschuß des Zentralkoordinationsausschusses (ZA) bewilligt. Doch das soll jetzt alles anders werden: Im Zuge des oben erwähnten Paragraphen des UniStG, der die Abhaltung von AnfängerInnen-tutorien durch den/die StudiendekanIn vorsieht, sollen Tutorien im Zusammenwirken mit dem Ministerium und den Unis durchgeführt werden. Dazu wurde

Von Adelheid Hochpöchler.

Das neue UniStG umfaßt nur Erstsemestrigentutorien. Alternativtutorien, z.B. Frauen-, Männer und SchwulLesBische Tutorien, sind nicht mehr gesichert.

ein Konzept erarbeitet, welches eine Reihe von Änderungen bringen wird.

1. **Das Konzept** umfaßt nur Erstsemestrigentutorien, die Finanzierung der Alternativtutorien bleibt ungeklärt.
2. **Die Auswahl** der TutorInnen erfolgt durch eine sogenannte „AnfängerInnen-tutoriumskommission“ auf Fakultätsebene. Diese soll auch die inhaltlichen Richtlinien bestimmen. Sie setzt sich aus dem/der StudiendekanIn, dem/der Fakultätsvorsitzenden der ÖH und einem/r ProjektvertreterIn zusammen.
3. **Fragen** zum Gesamtkonzept werden in einer Arbeitsgruppe aus VertreterInnen des Ministeriums, des ZAs, lokaler ÖH-Ebenen der Universitäten und der Zentralkoordination des Tutoriumsprojektes erarbeitet. Das war bisher Aufgabe des KOs, welches um diese Kompetenzen beschnitten wird.

Was bedeuten diese Änderungen für die Zukunft? Das Ministerium meint, daß es durch dieses Konzept zu einer Verdreifachung der bisher angebotenen Tutorien kommt. Der einzige Anreiz ein Tutorium abzuhalten, sind ca. öS 1.500.- für die Beantwortung eines Fragebogens. Das Koordinationstreffen wird

durch die Beschneidung seiner Entscheidungsbefugnis zu einem Austauschtreffen mit Vorschlagsrecht degradiert, und es ist fraglich, wie weit eine Vernetzung ohne Mitsprachemöglichkeit aufrechtzuerhalten ist. Der Zusammenhalt der Projektgruppe als zentraler Kern der jetzigen Struktur ist durch ein Vetorecht bei der Auswahl der TutorInnen durch den/die DekanIn gefährdet.

Der wichtigste Punkt

ist die Frage der Alternativtutorien. Von Seiten des Ministeriums wurde keine Finanzierung zugesagt. Die Exekutive am ZA hat für das jetzige Sommersemester öS 120.000.- zur Verfügung gestellt, was aber eine viel zu geringe Summe darstellt. Für das WS 98/99 – ab dann soll das neue Konzept in Kraft treten – gibt es keine Garantie, daß weiterhin eine Finanzierung möglich sein wird. Ein Bettelgang der OrganisatorInnen von Alternativtutorien zu diversen Hauptausschüssen der ÖH stellt eine sehr mühsame und insbesondere unsichere Variante dar! Das Ministerium und die ÖH haben sich schon weitgehend auf das Konzept geeinigt. Auf dem letzten KO, wo gerade diejenigen vertreten waren, die Tutorien durchführen sollen und die schon jahrelang in der alten Struktur gearbeitet haben, wurden allerdings große Bedenken geäußert, was die Machbarkeit des neuen Konzeptes betrifft!

Adelheid Hochpöchler

Studentin der Landschaftsplanung,
ehemalige Zentralkoordinatorin
des Tutoriumsprojektes

Institut für Politikwissenschaft

Grund- und Integrativwissenschaftliche Fakultät (GRUWI)

Internet: <http://www.univie.ac.at/politikwissenschaft>

Währingerstraße 28

Administration Tel. 317 13 67/15

(1.Stock, links vom Aufgang)

Prüfungsanmeldung,

Verkauf von Copy-Cards und diversen

Broschüren, z.B. Info-Pol 3,

Auskunftserteilung von Erreichbarkeit

der LektorInnen,

Abgabemöglichkeit von Arbeiten.

Offen: Mo-Do 10-12 und 13.30-15.30, Fr 10-12

Sekretariat Tel. 317 32 91, Fax 310 29 62

(1.Stock, rechts vom Aufgang)

Prüfungs- und Studienangelegenheiten:

Einreichen von Fächerkombinationsanträgen,

FLAG-Bestätigungen, Prüfungspässen etc.

Offen: Mo-Fr 10-12; Di, Do 14-16

Bibliothek Tel. 317 13 67/25

(Parterre links)

Präsenzbestand; Entlehnung bis zu einer Woche

Offen: Mo-Mi 10-19; Do 11-19, Fr 10-16

Währingerstraße 17

Sekretariat Tel.+ Fax 40480/683

Offen: Mo-Fr 9-15

Computerraum

Benützung für DiplomandInnen/DissertantInnen

Anmeldung im Sekretariat erforderlich

Offen: siehe Sekretariat

Redaktion Politix Tel. 40 480/684

Studienrichtungsvertretung Tel. 40 480/699

Zimmer 501

Schwerpunkte in Lehre & Forschung

Politische Theorie und Ideengeschichte;
politisches System Österreichs;
Vergleichende Politikwissenschaft;
Internationale Beziehungen; politische
Kulturforschung; politikwissenschaftliche
Methoden; Frauen- und Geschlechter-
forschung; Europäische Union.

Institut für Staats- und Politikwissenschaft

Sozial- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät (SOWI)

Hohenstaufengasse 9/7

Sekretariat Tel. 4277/38301

Offen: Mo, Mi, Fr 9-12.30; Di, Do 9-16.30

Fachbibliothek Tel. 4277/16414

Präsenzbestand; Entlehnung für einen Tag,
auch übers Wochenende möglich

Offen: Mo, Fr 10-15; Di, Do 11-17

Schwerpunkte in Lehre & Forschung

Politisches System Österreichs; Demo-
kratie, Korporatismus und Faschismus;
Wirtschafts-, Sozial- und Arbeitsmarkt-
politik; Europäische Integration

Buchhandlung Politeia

Buchhandlung für wissenschaftliche Literatur

Währinger Straße 23 Tel. 402 55 30

Verkauf von Vorlesungsskripten,
Infopol, Who is Who u.ä.

